Schweizerische Statistische Gesellschaft

Protokoll der 53. Jahresversammlung

vom 19.-20. Mai 1933 in Basel

I. Öffentliche Sitzung, Freitag, den 19. Mai, abends 8 Uhr im Münstersaale

Der Vorsitzende, Prof. Grossmann, eröffnet die Sitzung mit folgender Ansprache:

Ich habe vor allem die angenehme Pflicht, zwei Gäste zu begrüssen, die uns mit ihrer Anwesenheit heute abend beehren. Ich begrüsse in erster Linie Herrn Bundesrat Meyer, der zweifellos nicht nur in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern und Ressortchef für die eidgenössische Statistik, sondern auch aus ganz persönlichem Interesse hier erschienen ist. In der Tat ist Herr Bundesrat Meyer einer der ersten Schweizer gewesen, welche, vor zirka vier Jahrzehnten, der Nationalökonomie und Statistik ihr spezielles Interesse zugewandt und den damals an der Universität Zürich neugeschaffenen Doktortitel dieser Wissenschaft erworben haben. Es geschah sogar mit einer Dissertation statistischen Inhalts (über die Kriminalität im Kanton Zürich), und so dürfen wir schweizerischen Statistiker Herrn Bundesrat Meyer wohl als Fachgenossen im engsten Sinne des Wortes begrüssen. Ich danke Herrn Bundesrat Meyer im Namen unserer Gesellschaft für das lebhafte Interesse, das er an unseren Verhandlungen bekundet, und heisse ihn herzlich willkommen.

Im weiteren ist es mir eine besondere Freude, den Präsidenten der Deutschen Statistischen Gesellschaft, Herrn Prof. Zahn, auch dieses Jahr wieder unter uns zu sehen. Mit dem regelmässigen Besuch unserer Tagungen setzt Herr Prof. Zahn die Tradition seines berühmten Vorgängers, Georg v. Mayr, fort, der sich ebenfalls häufig zu unseren Tagungen einfand, und er knüpft zugleich die Bande enger, welche die Statistiker Deutschlands und der Schweiz von jeher verbunden haben. Ich heisse Herrn Präsidenten Zahn ebenfalls auf das herzlichste willkommen.

Der Gegenstand der heutigen Verhandlungen und ihr Zeitpunkt lassen einige erläuternde Bemerkungen als nicht überflüssig erscheinen. Gegenüber Bedenken, ob das Schlussstadium eines Abstimmungskampfes von ausserordentlichen Dimensionen der richtige Moment für eine kühle wissenschaftliche Behandlung gewisser im Abstimmungskampfe eine Rolle spielender Fragen sei, ist darauf hinzuweisen, dass der Vorstand der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft die Traktandenliste schon im Oktober festgesetzt hat, in einem Zeitpunkte, wo noch

nicht bekannt war, ob und wann eine Abstimmung über die eidgenössische Gehaltsabbauvorlage stattfinden werde. Als die zeitliche Nachbarschaft unserer Tagung mit der eidgenössischen Abstimmung als unabwendbar erschien, da freilich hat diese blosse Tatsache uns nicht zur Änderung unserer Dispositionen veranlassen können. Ganz bestimmt hätte die eine oder die andere der im Kampfe liegenden Parteien (vielleicht sogar beide) dies uns als Furcht vor Übernahme unseres Teiles der Verantwortung ausgelegt. Davon kann keine Rede sein, schon darum nicht, weil der uns zufallende Teil der Verantwortung durch Abgrenzung des Themas und die geplante Art seiner Behandlung erträglich genug ist. Ich bitte Sie, wohl zu beachten, dass wir hier nicht für oder wider den Lohn- und Preisabbau im allgemeinen oder gar über die eidgenössische Besoldungsvorlage im besondern verhandeln, sondern nur über einen Punkt, der allerdings in der Abstimmungskampagne eine nicht unwesentliche Rolle spielt: über die Rückwirkungen der Lohn- und Preisbewegungen auf die wirtschaftliche Konjunktur, insbesondere über die Richtigkeit der Summe von Erwägungen, die als die sogenannte Kaufkrafttheorie geltend gemacht werden. Gänzlich aus dem Rahmen unserer Verhandlungen fallen also die Finanzlage des Bundes und der S. B. B., die Möglichkeiten andrer Methoden der Sanierung der öffentlichen Finanzen, die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaftszweigen, die auf den Weltmarkt angewiesen, und solchen, die im Inlande verwurzelt sind, die sozialpolitischen Probleme der Einkommensverteilung usw.

Die Persönlichkeit der beiden Redner des heutigen Abends bietet uns die Gewähr, dass die Referate sich streng an das fest umgrenzte Thema halten werden, und im Namen des Vorstandes richte ich die ausdrückliche Bitte an die Herren. die morgen in die Diskussion einzugreifen gedenken, ein gleiches zu tun. Je mehr wir alles ausmerzen, was mit der wissenschaftlichen Kontroverse, die wir planen, nichts zu tun hat, desto mehr Zeit steht uns zur Verfügung zur Abklärung dieser Kontroverse und desto grösser ist der Dienst, den wir der öffentlichen Meinung leisten können. Wir haben um so mehr Anlass, uns um Abklärung zu bemühen, als wir gestehen müssen: Die bisherige Art der Behandlung dieser Fragen ist nicht allen Anforderungen gerecht geworden. Die theoretische Nationalökonomie ist eine Wissenschaft, die notwendigerweise mit einem gewissen Bestand von mehr oder weniger abstrakten Begriffen arbeitet und den Ablauf des wirtschaftlichen Lebens sich in schematisch-vereinfachter Form vorstellen muss. Die Gefahr dabei ist natürlich, dass Begriffe von allzu grosser Abstraktheit entstehen, Tatbestände, menschliche Figuren und wirtschaftliche Prozesse vorgestellt werden, die in der Wirklichkeit gar nicht vorkommen. Gerade die Diskussion über unser Thema hat bisher stark unter diesem Mangel gelitten. Man spricht von der Kaufkraft, ohne sich die Mühe zu machen, auch nur zu sagen, wessen Kaufkraft man eigentlich meint, die der Bauern oder die der Arbeiter. die der Industriellen oder der Rentner. Man spricht von ausfallender Kaufkraft und ihren Folgen für die Produktion, ohne zu untersuchen, wer eigentlich die betroffenen Produzenten sein könnten, ob spanische Orangenpflanzer oder italienische Automobilfabrikanten, schweizerische Kinobesitzer oder schweizerische Milchbauern. Man spricht von der produktionsstörenden Wirkung der Steuern, ohne

zu sagen, welche Steuern man eigentlich im Auge hat, ob Zölle, die unter Umständen auch vom Auslande getragen werden, oder Verbrauchssteuern auf schädliche Genussmittel, die unter Umständen vom volkshygienischen und sozialpolitischen Standpunkt aus auch erwünschte Wirkungen haben können, oder von Vermögens- und Einkommenssteuern oder Stempelabgaben, die allerdings gerade den im heftigsten internationalen Wettbewerb stehenden wirtschaftlichen Unternehmungen gefährlich werden können. Wir werden uns schon die Mühe nehmen müssen, der sozialen und ökonomischen Wirklichkeit etwas näher zu kommen, in das kunstvoll verflochtene Durcheinander der ökonomischen Abhängigkeit der verschiedenen Bevölkerungsklassen voneinander und vom Auslande etwas schärfer hineinzuleuchten.

Und sind wir am Ende, so wollen wir die Diskussion in der Form schliessen, die für ein wissenschaftliches Kollegium allein in Frage kommen kann: einer blossen Markierung der Divergenzen, die zweifellos auch dann noch vorhanden sein werden. Da wissenschaftliche Wahrheiten nicht durch Abstimmung, sondern nur durch Überzeugung zu solchen werden können, so werden wir natürlich keine Resolution fassen. Aber wenn die zahlreichen Teilnehmer, die sich heute eingestellt haben und hoffentlich auch morgen einfinden werden, mit dem Bewusstsein davongehen, dass ihre Einsichten und Ansichten sich geschärft oder modifiziert haben, dann wollen wir unsere Aufgabe als erfüllt betrachten.

Mit dem Wunsche, dass dies das Resultat unserer Verhandlungen sein möge, eröffne ich die Sitzung. Nun folgen die Vorträge der Herren Professoren Amonn und Marbach.

II. Öffentliche Sitzung, Samstag, den 20 Mai, im Münstersaale

Präsident Prof. Dr. Grossmann eröffnet die Verhandlungen, d. h. die Diskussion über die beiden am 19. Mai abends 20 Uhr in der 1. öffentlichen Sitzung im gleichen Saale gehaltenen Vorträge der Herren Professoren Dr. Amonn und Dr. Marbach, um 9.15 Uhr.

Henri Stucki (Bâle):

En rentrant hier soir à la maison, je me suis trouvé confus.

Qui a raison: Ceux qui veulent la vie chère ou ceux qui veulent la vie bon marché? — Pour ce qui me concerne, je vais essayer de ramener le problème qui nous occupe à sa forme la plus simple, en pensant logiquement.

Le praticien, voire le banquier — ce n'est pas toujours un privilège de l'être, surtout par les temps actuels — ne peut se confier aux rigoureuses doctrines. Et pourtant, puisqu'il faut passer par là, je dois reconnaître que personnellement je suis resté ami des maîtres économistes de la première moitié du 19e siècle. De ceux qui ont suivi, je n'ai pour ainsi dire rien appris, rien retenu.

Pour ce qui me concerne, je constate, après mûre réflexion, et je regrette qu'il en soit ainsi, que la Suisse est devenue un peuple de parvenus, du haut en bas de l'échelle sociale, une île de prix très élevés, de 25 à 35 % au-dessus du niveau mondial.

Cela ne peut durer, car nos industries d'exportation, notre commerce, nos entreprises de transport sont menacés dans leur existence même.

La politique économique poursuivie par nos autorités fédérales est néfaste et peut mener à la ruine de notre pays, si le redressement se fait trop attendre.

Croire que, seuls, nous pouvons continuer à mener notre train de vie actuel: c'est se tromper. Et nos dirigeants, en le croyant, leurrent notre peuple.

Ni M. Amonn, ni M. Marbach n'ont, à mon avis, hier soir attaché suffisamment d'importance au côté monétaire du problème qui nous occupe.

Pour notre pays, la situation est très nette: elle consiste à maintenir le franc suisse sur sa base-or.

On remarque, il est regrettable de le dire, une certaine tendance à la thésaurisation d'or qui, si elle s'accentuait, compliquerait sérieusement la tâche de ceux qui ont la responsabilité de notre politique monétaire, rôle ingrat, surtout aujourd'hui.

J'ai eu connaissance, ce matin, en arrivant au bureau d'une lettre d'une personne suisse bien placée et tout à fait qualifiée pour donner une appréciation raisonnée, lettre dans laquelle je trouve entre autres les passages suivants (excusezmoi, Mesdames et Messieurs, si ce que je vais vous lire est un peu technique):

«La situation bancaire de la France est peut-être plus forte que la nôtre. Par contre, sa situation financière est beaucoup moins saine. A mon avis, l'un des facteurs contrebalance l'autre. (J'ajouterai que le budget 1933 n'est pas encore voté.)

Il faut admettre qu'un danger technique nous menace: celui du retrait massif des dépôts en banque en vue de leur conversion en or.»

Pour ce qui me concerne, ma foi dans la fermeté et la solidité du franc suisse reste inébranlable. La thésaurisation est un fléau, est dangereuse.

Ce qui est certain, c'est que ce n'est pas l'économie désirable d'une dizaine de millions qui nettoiera notre ménage fédéral. Le déficit est de près de 100 millions. D'autres mesures s'imposent. Je ne parle pas des C. F. F., dont les difficultés sont d'autre ordre. Mais c'est un commencement. Et je le disais, hier soir, à M. Meyer, notre Conseiller fédéral, qu'il était grandement temps de reviser le subventionnisme suisse. Il m'a repromis d'en parler à Bâle cet hiver. Dans ce domaine, on peut faire du travail pratique.

Quant à croire que c'est en manipulant les prix que l'on peut améliorer la situation: on se trompe. Non, si l'exemple des Etats-Unis ne suffit, alors pas de salut d'économiste.

Monsieur Amonn, à mon avis, a trop parlé des expériences de l'Allemagne, du Reich. Elles ne sont pas concluantes. Tout est en mouvement. — L'artificialité des prix, voyez-vous, et c'est ma conviction économique profonde, est une hérésie contre laquelle tout homme qui réfléchit devrait lutter jusqu'au bout.

La situation se redressera, tôt ou tard. Je ne sais pas quand. Ce que je sais ou crois savoir c'est que ce n'est pas la Kaufkrafttheorie qui sauvera le monde. Non, Mesdames et Messieurs, liberté des mouvements des capitaux et des marchandises. J'ai dit.

Prof. Dr. E. Böhler (Zürich):

Der Herr Präsident hat die Tugend der Objektivität der beiden Referenten so hoch gerühmt, dass ich nur mit einem gewissen Minderwertigkeitsgefühl an diese Diskussion herangehe, einem Gefühl, das gewissermassen prohibitiv wirkt, da ich nicht beanspruchen kann, auf dieselbe Tugendhöhe hinaufsteigen zu können. Nun hat aber Prof. Marbach glücklicherweise meine grundlegende Auffassung von der existentiellen Vieldeutigkeit der wirtschaftlichen Erscheinung und also auch von der grundsätzlichen Relativität des einzelnen Standpunktes aufgenommen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, dass der scheinbare Konflikt der Auffassungen von einem höheren Gesichtspunkte aus gesehen in Wirklichkeit eine Kooperation im Sinne der Wahrheitsermittlung ist. Aber diese Tatsache der Kooperation entbindet den einzelnen nicht von der Verpflichtung, seine Mission in diesem Gesamtzusammenhang so ernst zu nehmen, als dies nach der Lage der Dinge notwendig ist. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich die folgenden Einwendungen verstanden wissen. Dabei möchte ich betonen, dass ich nur auf die wichtigsten Punkte im Referat des Herrn Prof. Marbach antworten möchte, weil er sich ziemlich direkt an mich gewandt hat.

Zunächst einige formelle Bemerkungen. Einmal die clausula ceteris paribus. Prof. Marbach hat Prof. Amonn vorgeworfen, dass er zu stark mit dieser Klausel arbeite. Meines Erachtens kann man das auch gegenüber Herrn Marbach sagen, weil das eben eine Form ist, über die wir nicht hinauskommen, und zwar aus rein psychologischen Gründen. Wir können in jedem Moment nur eine einzelne Beziehung ins Auge fassen. Wenn wir von einer Einzelbeziehung sprechen, setzen wir immer voraus, dass die andern gleich bleiben. Entscheidend ist, dass man, sobald man diese Klausel aufgestellt hat, untersucht, ob wirklich diese Voraussetzungen so sind. Nicht das ist entscheidend, dass man unter diesen Voraussetzungen diskutiert, sondern das, dass man nachher untersucht, ob das Ergebnis nicht modifiziert würde, wenn diese Voraussetzung nicht so gewesen wäre.

Eine zweite Bemerkung betrifft die Gegenüberstellung der Kaufkrafttheorie und der Anpassungstheorie, die Prof. Marbach vorgenommen hat, in dem Sinne, dass er sagte, die Kaufkrafttheorie sei die Auffassung aus der Vogelschau. Er war zurückhaltend genug, um den andern Standpunkt nicht zu bezeichnen. Ich glaube, ich drücke mich richtig aus, wenn ich sage, dass dieser andere Standpunkt offenbar die Froschperspektive ist. Dem muss ich entgegentreten und sagen, dass bekanntlich auch die Konsumenten zu den Einzelwirtschaftern gehören und wenn eine Steigerung des Konsumenteneinkommens eintritt, das zunächst auch ein privatwirtschaftlicher Vorgang ist. Wenn Prof. Marbach sagt, die Unternehmer sehen nicht, wenn sie die Kosten reduzieren, dass sie auf einer andern Seite die Kaufkraft senken, so kann ich umgekehrt sagen: Prof. Marbach übersieht, dass wenn er die Löhne erhöht, also das Einkommen der Konsumenten vergrössert, irgendwo an einer andern Stelle der Volkswirtschaft die Kosten erhöht werden. Diese Standpunkte heben sich auf. Ich möchte wirklich in Anspruch nehmen, dass die Anpassungstheorie nicht eine Theorie der Froschperspektive darstelle.

So weit meine formellen Bemerkungen; und nun handelt es sich darum, einige Missverständnisse klarzustellen. Zunächst möchte ich Prof. Marbach meine Bewunderung darüber aussprechen, dass es ihm gelungen ist, das grundlegende Problem sozusagen umzukehren. Bisher war ich der Meinung, dieses Problem be-

stünde darin, dass die Preise gesunken seien und es nicht möglich sei, die Einkommen anzupassen. So wie Prof. Marbach die Sache angegriffen hat, selbstverständlich nicht böswillig, sondern rein von seinem Ausgangspunkt aus, sieht es ganz so aus, als ob die Einkommenssenkung sehr leicht möglich wäre, aber die Preissenkung unmöglich sei, also so, dass die Preissenkung heute das Problem sei. Das kommt daher, dass er übersieht, dass eben zunächst einmal eine Preissenkung eingetreten ist, die die Rentabilität der Unternehmungen in Frage gestellt hat. Infolgedessen ist ein Kaufkraftausfall bereits eingetreten. Es sieht so aus. als ob dieser Kaufkraftausfall lediglich infolge der Senkung der Einkommen eingetreten sei, aber in Wirklichkeit ist ja der Kaufkraftausfall besonders bei der Exportindustrie schon da. Wenn aber das zutrifft, so bedeutet die Hochhaltung der Löhne und Einkommen der übrigen nicht etwa eine Hochhaltung der Gesamtkaufkraft, sondern eine Ersparnis der Gesamtkaufkraft im Sinne des Umsatzes. weil, wenn auf der einen Seite die Einkommen gesunken sind, auf der andern Seite die Preise hochgehalten werden, die betreffenden Einkommenschichten mit ihrem verminderten Einkommen weniger Güter kaufen können als bisher. Wir dürfen nicht von der Meinung ausgehen, es handle sich jetzt darum, die Preise zu senken, sondern wir haben von der Tatsache auszugehen, dass gewisse Preise schon gesunken sind. Der Grund, warum Prof. Marbach zu dieser Anschauung nicht gekommen, ist darauf zurückzuführen, dass er zwei Dinge verwechselt: den Kaufkraftausfall bestimmter Schichten mit dem Gesamtausfall an Kaufkraft in der Volkswirtschaft. Es ist zuzugeben, dass jede nominelle Lohnsenkung insofern auch eine reale Lohnsenkung ist, als sie einen realen Lohnzuwachs ganz oder teilweise aufhebt, der seit der erfolgten Preissenkung eingetreten ist. Das ist eine Binsenwahrheit; aber daraus folgt keineswegs, dass eine Verminderung des Reallohns unter diesen Umständen zu einer Verminderung des gesamten volkswirtschaftlichen Umsatzes führt, denn die Sache liegt eben so, dass diese Preissenkung vorausgegangen ist und infolge dieser Preissenkung eine Minderung der Rentabilität eingetreten ist, die den Kaufkraftausfall verursacht hat, indem sie den Absatz unmöglich gemacht hat. Schliesslich würde die Hochhaltung der Reallöhne zur Folge haben, dass die Beschäftigung zurückgeht, wie es in Amerika sehr deutlich bei der Hooverschen Politik zum Ausdruck gekommen ist. Die Hochhaltung der Einkommen, der Kaufkraft bestimmter Schichten, bedeutet also mit andern Worten nicht die Hochhaltung der gesamten Kaufkraft der Bevölkerung, d. h. des gesamten Umsatzes. Da liegt die Verwechslung.

Und nun die Zentralfrage. Prof. Marbach hat diese sehr gut wie folgt formuliert: Setzt ein Wiederaufschwung der Wirtschaft ein vorheriges Ansteigen des Konsums voraus, oder ist eine unmittelbare Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit auch ohne diese Voraussetzung möglich? Da möchte ich nun ausdrücklich hervorheben, dass Prof. Lederer grundsätzlich insofern mit der Investitionstheorie übereinstimmt, als auch er der Meinung ist, dass die Konjunkturen im wesentlichen Investitionskonjunkturen sind, dass also die vermehrte Investition den Ausgangspunkt oder das typische Kennzeichen der Konjunktur darstellt. Das kann von niemanden bestritten werden. Die Frage ist nur: Setzt die Investition eine Zunahme des Absatzes voraus, oder geschieht sie ohne diese. Und

nun sagt Marbach, er könne sich nicht denken, dass eine Investition eintrete ohne vorherige Steigerung des Absatzes an Konsumgütern. Dazu möchte ich sagen, dass er damit die Auffassung der weitesten Kreise teilt und dass diese Auffassung auch dem üblichen Krisenpessimismus zugrunde liegt. Aber es ist der Pessimismus der Larve, die sich nicht vorstellen kann, dass sie einmal Schmetterling wird.

Im einzelnen ist gegenüber dieser von Prof. Marbach vertretenen Meinung folgendes einzuwenden: Es ist in dieser Diskussion immer angeführt worden, Ford hätte so grosszügig die Preise reduziert und Konsum geschaffen. Ford ist das typische Beispiel dafür, dass man zuerst investiert und dann die Preise senkt. Es ist nicht so, dass Ford einen Absatz, der vorher dagewesen wäre, ausgenützt hätte und nachher investiert hätte, sondern er hat investiert und sich dadurch den Absatz geschaffen. Das geschieht zu Beginn jeder Konjunktur, und zwar erklärt sich das daraus, dass die Investition selber Absatz schafft. Das übersieht man immer. Es besteht da gar kein Unterschied hinsichtlich der Nachfrage nach Konsumgütern und nach Produktivgütern. Die Investition stellt eine Nachfrage dar, und infolgedessen schafft sie, auch wenn man der Meinung sein sollte, sie sei verfehlt, als solche zweifellos Nachfrage. Es kann möglich sein, dass die Investition sich als unzweckmässig erweist, aber als solche schafft sie zweifellos Nachfrage.

Wichtig ist aber der umgekehrte Beweis: Die Auffangmethode, von der die Kaufkrafttheorie ausgeht (vor allen Dingen Lederer), funktioniert gar nicht so, wie Lederer annimmt. Es ist nämlich ganz ausgeschlossen, dass im Laufe der Depression eine solche Zunahme des Konsums eintritt, dass dadurch die Investitionstätigkeit wieder angeregt werden könnte, und zwar aus zwei Gründen. Erstens deshalb, weil nur die Löhne derjenigen aufrechterhalten werden können, die noch beschäftigt sind. Die Löhne derjenigen, die nicht beschäftigt sind, kann man nicht aufrechterhalten, und infolgedessen ist auch der Ausfall an Gesamtkaufkraft, der von den Arbeitslosen herkommt, grösser als der Zuwachs an Kaufkraft, der durch die Erhöhung der Realeinkommen der Beschäftigten entstehen könnte. Wenn die Auffangvorrichtung richtig wäre, hätte sie schon längst wirken müssen. Aus den Tabellen, die ich in meinem Aufsatz über die Kaufkrafttheorie angeführt habe auf Grund von Zahlen, die die Anhänger der Kaufkrafttheorie gesammelt haben, geht hervor, dass nach der Krise von 1920 ein Wiederanstieg der Produktion erfolgt ist, ehe eine Steigerung des Konsums festzustellen ist. Das ist eine offenkundige Tatsache. Das ist das, was ich zu dieser ersten Argumentation zu sagen hätte.

Nun hat aber Prof. Marbach eine zweite Erklärung bereit. Er sagt, auch wenn die Investitionstätigkeit früher Ursache des Aufschwungs gewesen wäre, wäre es heute unzweckmässig, überhaupt darauf zu rechnen, weil wir schon eine so grosse Überkapazität besitzen. Da erlaube ich mir zu sagen, dass diese Auffassung eine reine Krisenstimmungssache ist, dass ähnliche Auffassungen in allen früheren Krisen dagewesen sind. Das kommt typisch in amtlichen amerikanischen Berichten aus den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts zum Ausdruck, wo die Überproduktion und die Übermechanisierung als hauptsächliche Krisenmomente angegeben werden und wo ebenfalls gesagt wird, diese Situation sei nur zu ändern,

wenn die Kaufkraft der Massen in diesem Sinne zunimmt. Ebenso hat man damals. genau so wie heute, darauf hingewiesen, dass gewaltige Einzelfortschritte der Technik dagewesen seien. Es ist zu sagen, dass alle diese Befürchtungen, trotzdem die Entwicklung der Technik in den nachfolgenden Jahrzehnten viel rascher vor sich gegangen ist, als man ahnen konnte, nicht zur Verwirklichung gelangt sind. In den Vereinigten Staaten hat sich die Arbeiterschaft zwischen 1885 und 1913 ungefähr verdoppelt. Das Warum ist leicht zu erklären. Der Hauptgrund liegt nämlich darin, dass es unrichtig ist, zu glauben, dass diese Einzelfortschritte den entsprechenden Steigerungen der wirklichen Erzeugung parallel gegangen sei. Die verfügbaren Statistiken über die Verhältnisse in den U. S. A. zeigen, dass im Jahresdurchschnitt die Produktion in U. S. A. um 31/2-4 % gestiegen ist, lange nicht in dem Masse, wie die Technokraten annehmen, dass die Produktivität der Technik zugenommen hätte. Von dieser Zunahme von 3½ % entfällt immer noch ein sehr kleiner Teil auf die Zunahme von Konsumgütern, nämlich 1 %, während die Produktivgüter um 21/2 % zugenommen haben, und diese Vermehrung der Konsumgüter um 1 % konnte infolge der Vermehrung der realen Kaufkraft, der Lohneinkommen, bequem aufgenommen werden. Das ist kein Beweis dafür, dass der Produktionsapparat zu stark gesteigert worden ist. Es ist hervorzuheben, dass man immer vergisst, dass es überhaupt keine absolut bessere Produktionsmethode gibt, dass auch der Grossbetrieb dem kleineren Betrieb nicht absolut überlegen ist, denn die sogenannten arbeitssparenden Methoden sind ja in Wirklichkeit, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, nicht nur arbeitssparend, sondern im wesentlichen arbeitsverschiebend, und der sogenannte Fortschritt und Kostenvorteil, den der Grossbetrieb bringt, ist in Wirklichkeit ebenfalls nur eine Kostenverschiebung, wenn man sämtliche Kostenelemente in der Volkswirtschaft berücksichtigt. Das hat Pohle schon vor langer Zeit nachgewiesen, und das lässt sich auch jetzt nachweisen. Die Sache ist so, dass alle diese grossen technischen Fortschritte beinahe wie nichts versickern in der Ausgestaltung, im Produktions-, Verteilungs- und Verkehrsapparat, und zwar handelt es sich sozusagen im wesentlichen um Überwindung innerer Reibungswiderstände. Man überlege nur einmal, was für gewaltige technische Mehrleistungen und Kosten erforderlich sind, lediglich um den Verkehrsapparat einer modernen Grossstadt zu ermöglichen. Da sind Leistungen und Aufgaben erforderlich, die sich in keiner Weise in irgendeiner Steigerung der Produktivität direkt nachweisen lassen. Das ist der Hauptgrund, warum diese vermeintliche Überkapazität gar nicht in die Erscheinung tritt und weshalb sie zum Teil auch wieder verschwinden wird, wenn die Konjunktur wieder aufwärts geht.

Umgekehrt ist hervorzuheben, wie ein Teil dieser Überkapazität entstanden ist. Ein Teil der im letzten Jahrzehnt eingetretenen Mechanisierung ist auf die Hochhaltung der Löhne nach der letzten Krise zurückzuführen, denn schon bei dieser zeigte sich, dass die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit langsamer sanken als die Preise der übrigen Investitionselemente. Dadurch ist die Ersetzung des Faktors Arbeit durch Kapital direkt prämiiert. Hätte diese Hochhaltung nicht stattgefunden, so wäre die Richtung des technischen Fortschrittes sehr wahrscheinlich eine andere gewesen. Man muss sich nicht wundern, wenn wir

immer in diesen circulus vitiosus gelangen: Unwirtschaftlich hohe Gehälter infolge der sogenannten Deflation führen zu einer Ausdehnung des Apparates, und dieser Apparat kann nicht beschäftigt werden, weil durch diese künstliche Hochhaltung Arbeitskräfte ausgeschifft werden. Man kommt dann in die Situation, dass man sagt, jetzt müssen die Löhne nochmals erhöht werden und nochmals die Betriebe stark mechanisiert, und dann wundert man sich, wenn man sich im Kreise dreht. Ich bin der Meinung, wir seien in keiner andern Situation als jemals in einer andern Krise. Jedenfalls gilt das vom wirtschaftlichen Standpunkte aus. Man weist in der ganzen Diskussion darauf hin, dass die Kosten im Handel mit sinkendem Absatz progressiv steigen. Da möchte ich darauf aufmerksam machen, dass diese Situation meines Erachtens gar nicht neu ist, sondern das wesentlich Neue an dieser Gesamtsituation ist das, dass auch die Arbeitskosten konstante Kosten geworden sind, nicht die Tatsache, dass infolge der Investition die konstanten Kapitalkosten gestiegen sind, denn sie spielen ja nur eine Rolle, wenn sie wirklich aufrechterhalten und eingefordert werden können. Aber in der Krise, sobald die Gewinne zurückgehen, verschwindet diese Belastung. Viel wichtiger ist die umgekehrte Erscheinung, dass heute, teils infolge der Kaufkrafttheorie, teils infolge der Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung die Arbeitskosten konstant geworden sind, und zwar deswegen, weil die Kostenansprüche aufrechterhalten werden konnten. Es handelt sich nicht darum, dass Kosten da sind, sondern entscheidend sind die Ansprüche der Kostenelemente.

Sodann ist zu sagen, dass diese Tatsache, dass im Handel eine Kostenprogression stattfindet; meines Erachtens für die Frage irrelevant ist, und zwar einesteils deshalb, weil faktisch die Preise trotzdem gesunken sind, und anderseits deshalb, weil, wenn wirklich die Investitionstätigkeit die Voraussetzung des Konjunkturaufschwunges ist, es dann nicht auf die Preise der Konsumgüter ankommt, sondern auf die Preise der Produktionsmittel und auf ihren Absatz. Bei diesem Absatz spielt bekanntlich ein Detailhandel überhaupt keine Rolle. Aus diesem Grunde hat meines Erachtens diese Frage für die Diskussion, jedenfalls von meinem Standpunkt aus, keine Bedeutung.

Und nun endlich der Fall Deutschland. Spielt dieser Fall eine so grosse Rolle? Es hat den Anschein, als ob in Deutschland nichts anderes als diese Preisreduktion und Lohnherabsetzung vor sich gegangen wäre, als ob kein Krieg, keine Inflation, keine politische Spannung dagewesen wäre. So wird argumentiert. Wenn es irgendwo schwierig ist, die Entwicklung eines Landes eindeutig auf einen Faktor zurückzuführen, so ganz gewiss bei Deutschland. Wenn man wirklich Kausalforschung treiben will, muss man gewiss sagen: Wenn irgendwo, so muss man hier vorsichtig sein, bevor man irgendwelche Schlüsse zieht. Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass eigentlich diese Berufung auf Deutschland sehr schlecht zu vereinigen ist mit der Behauptung, dass im Grunde der schweizerische Eisenbahner nicht viel besser gestellt sei als der deutsche, denn wenn der deutsche wirklich so schlecht gestellt wäre, kann auch die Situation bei uns nicht sehr viele Unterschiede zeigen. Ich sehe einen Widerspruch in der Argumentation, den mir bisher niemand aufgeklärt hat. Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass in Deutschland trotz niedriger Preise der Konsum an landwirtschaftlichen Produkten, an

Fleisch vor allem — Herr Prof. Laur sagt, es sei künstlich —, grösser ist als vor dem Krieg. Sodann ist auf das hinzuweisen, was kürzlich nachgewiesen worden ist, dass das Verhältnis der Erwerbenden zu den Nichterwerbenden trotz der Arbeitslosigkeit in Deutschland sich nicht verschlechtert hat, weil inzwischen der Altersaufbau sich geändert hat. Infolgedessen hat man zwar mehr Arbeitslose, aber weniger Jugendliche und Kinder zu unterhalten, so dass tatsächlich die Belastung gar nicht so unerträglich ist, wie es auf den ersten Blick der Fall zu sein scheint.

Endlich möchte ich darauf hinweisen, dass meines Erachtens Deutschland dasjenige Land ist, das jedenfalls Ende des vorigen Jahres die günstigsten Voraussetzungen für einen Aufschwung hatte. Ich habe von verschiedenen deutschen Industriellen gehört, dass man im November eine so günstige Situation hatte wie seit Jahren nicht mehr. Es wurde direkt in einem Handelskammerbericht — in demjenigen von Hannover — gesagt, man hätte bisher nicht an Wunder geglaubt, aber dieses Wunder sei eingetreten. Ich bin überzeugt: Wenn die Regierung nichts anderes täte, als nichts täte, dass dann Deutschland die besten Grundlagen für den Aufschwung hätte.

Prof. Dr. Grossmann:

Kollege Böhler nimmt in dieser Kontroverse eine ganz besondere Stellung ein. Er ist auch vom Korreferenten sehr höflich, aber doch speziell genannt worden, so dass es gegeben war, ihm eine etwas längere Redezeit zuzubilligen. Die folgenden Herren muss ich aber bitten, möglichst kurz zu sein.

Direktor Dr. G. Engi (Basel):

Ich hatte leider gestern wegen anderweitiger Inanspruchnahme nicht Gelegenheit, die beiden Vorträge zu hören. Das Votum des Herrn Prof. Böhler hat nun allerdings gewisse Anhaltspunkte darüber vermittelt, in welcher Richtung sich die Thesen der beiden Referenten bewegt haben. Gestatten Sie nun einem Mann der Praxis einige kurze Worte, um zu zeigen, wie sich dieses Gebiet von der praktischen Seite aus ansieht. Ich muss mich auf einige wenige konkrete Punkte beschränken, denn die Behandlung des ganzen Gebietes würde mindestens eine Stunde in Anspruch nehmen, und beschränke mich darauf, ganz kurz über den Lohn als Kostenbestandteil zu sprechen. Vor kurzem habe ich mich der Mühe unterzogen, die in den wichtigsten in europäischen Industriestaaten bezahlten Löhne in Gold zu vergleichen mit den jenigen, die in der Schweiz bezahlt werden. Dabei habe ich die interessante Feststellung gemacht, dass diese Löhne im Ausland schwanken (die Löhne in der Schweiz = 100 gesetzt) zwischen 35 und 40 % in Polen, zwischen zirka 68-70 % in England. In Deutschland und Frankreich, deren Verhältnisse für uns am wichtigsten sind, beträgt dieser Koeffizient zirka 55-60 %. Ein Unternehmen, das in der Schweiz eine Lohnsumme von 10 Millionen Goldfranken hat, hätte in Frankreich oder Deutschland in der gleichen Industrie mit der gleichen Arbeiterzahl eine Lohnsumme von 6 Millionen Goldfranken, also eine Ersparnis von 4 Millionen. Diese Zahl würde noch sinnenfälliger, wenn Sie sieh bewusst werden, dass die Summe der Löhne und Gehälter in den

meisten Industrien im Durchschnitt zu den gesamten Produktionskosten im Verhältnis von 40:60 stehen. Damit ist der Nachweis eindeutig geleistet, dass Lohn und Gehalt auf die Gestaltung der Produktion einen entscheidenden Einfluss ausüben. Gestatten Sie mir, das noch kurz an einem Beispiel zu erläutern. Eine Maschinenfabrik, bei welcher bekanntlich der Anteil der Löhne in allen ihren Formen, inklusive Gehälter, am gesamten Produktionswert mindestens 50 % ausmacht, produziere eine Maschine, die Fr. 1000 kostet. Die Lohn- und Gehaltsquote bei dieser Maschine wäre Fr. 500; in Deutschland und Frankreich aber ist sie nur Fr. 300, so dass der Einstandspreis der Maschine, die in der Schweiz Fr. 1000 kostet, in Deutschland oder Frankreich vielleicht nur Fr. 800 ist, ganz abgesehen von der Tatsache, dass in den meisten Fällen in den genannten Ländern auch noch die übrigen Faktoren wie Rohmaterial, Fracht, zuungunsten der Schweiz liegen. Nehmen Sie an, die Maschine werde zu Fr. 900 verkauft, dann verliert der schweizerische Unternehmer an jeder Maschine, die er fabriziert, Fr. 100, während sein Konkurrent in Deutschland oder Frankreich gleich viel gewinnt. Daraus mögen Sie ersehen, wie wichtig der Einfluss von Lohn und Gehalt auf den Produktionsprozess ist. Unter solchen Verhältnissen kann es auch nicht wundernehmen, dass die Konkurrenzfähigkeit grosser Teile der schweizerischen Industrie heute bereits gefährdet ist, wie Sie das ja auch aus den immer wieder sinkenden Exportzahlen leider nur allzudeutlich ersehen können. Gegen diese ehernen Gesetze der Zahlen, gegen diese wirtschaftlichen Grundsätze ist nun mit dem besten Willen und mit allen Anstrengungen in der Richtung der Selbsthilfe nicht mehr aufzukommen. Speziell die Exportindustrie mag sich noch so grosse Mühe geben mit der Schaffung hochwertiger Produkte, mit der Ausgestaltung der Technik und mit der Produktion kommerzieller Höchstleistungen; mit dieser Selbsthilfe allein kann dieser gewaltige Unterschied gar nicht mehr ausgeglichen werden. Zu diesen Mitteln der Selbsthilfe muss unbedingt die Anpassung oder wenigstens die Angleichung der Produktionsverhältnisse an diejenigen des Weltmarktes kommen und damit implizite die Angleichung der Löhne. Wenn diese nicht erfolgt, fürchte ich persönlich stark, dass grosse Teile der schweizerischen Exportindustrie allmählich zum Stagnieren, was ja schon der Fall ist, aber in der Folge dann auch zum Erliegen kommen könnten.

Über die Bedeutung der schweizerischen Exportindustrie möchte ich mich angesichts der knappen Zeit nicht weiter äussern. Ich möchte Ihnen nur einige Zahlen nennen. Ich habe letzthin den Inlandumsatz einiger schweizerischer Unternehmungen, und zwar an in der Schweiz fabrizierten Produkten, verglichen mit den Aufwendungen derselben Unternehmung für die schweizerische Volkswirtschaft in Form von Löhnen, Gehältern, Steuern, Frachten, Kapitalaufwendungen für Neubauten und Erweiterung der Anlagen, Aufwendungen für soziale Zwecke, Aufträge an das Gewerbe und die Inlandsindustrie, aber ohne Zinsen, Dividenden, Gratifikationen usw. Dabei handelt es sich um drei Firmen der Maschinenindustrie, drei der chemischen Industrie, eine der elektrothermischen, eine der Bekleidungs- und eine der Seidenindustrie. Da ergibt sich die interessante Tatsache, dass einem Inlandsumsatz ihrer in der Schweiz erstellten Produkte von 53,9 Millionen bei diesen 9 Firmen 187,5 Millionen an Aufwendungen für die ein-

heimische Volkswirtschaft gegenüberstehen, diese Aufwendungen betragen also 350 % des Inlandsabsatzes. Diese Zahlen bedürfen keines weiteren Kommentars, um die Bedeutung der Exportindustrie darzustellen.

Bei dieser Sachlage ist es nun absolut unverständlich, wie gewisse, und zwar ziemlich einflussreiche Kreise immer wieder den Versuch machen, unsere Wirtschaftspolitik in eine Richtung zu leiten, wo statt der, wenn auch unvollkommenen Anpassung an die Verhältnisse des Weltmarktes Preisstabilisierungen, ja sogar Preiserhöhungen Trumpf sein sollen, womit unsere ganze Volkswirtschaft wieder äusserst bedenkliche Bindungen eingeht. Diese Entwicklung muss vom Weltmarkt wegführen, sie führt zur wirtschaftlichen Isolierung. Das kann sich möglicherweise ein Land mit autarken Produktions- und Absatzverhältnissen vorübergehend ungestraft gestatten. Ich sage möglicherweise, vielleicht; niemals kann das aber ein Land von der Struktur der Schweiz, die wie kaum ein anderes Industrieland auf die Beziehungen zum Weltmarkt angewiesen ist. Ich bin überzeugt, dass eine auch nur teilweise autarke Wirtschaftsführung der Schweiz für grosse Zweige unserer Volkswirtschaft von katastrophalen Folgen sein müsste. Nicht nur Exportindustrie, Hotellerie und ein Grossteil des Verkehrswesens, die ja in erster Linie auf einen möglichst ungehemmten Güter-, Geld- und Menschenaustausch angewiesen sind, sondern auch grosse Teile der von den genannten Gruppen abhängigen übrigen Zweige unserer Volkswirtschaft, Inlandindustrie, Gewerbe, Handel usw. würden die Folgen einer derart autarken Wirtschaftsführung in kürzester Zeit und in empfindlichster Form zu spüren bekommen. Für die Exportindustrie würde unter solchen Verhältnissen kaum noch etwas anderes übrig bleiben, als sich in vermehrtem Umfange zu expatriieren, immer grössere und wichtigere Teile ihrer Fabrikation in vermehrtem Masse ins Ausland zu verlegen, um damit günstigere Standorts- und Produktionsbedingungen zu erhalten, entgegen dem bisher geltenden Grundsatz, den schweizerischen Werken soviel Produktionsvolumen als möglich zu erhalten, im Interesse der schweizerischen Volkswirtschaft und insbesondere auch im Interesse des schweizerischen Arbeitnehmers. Was wäre die Folge dieser forcierten Expatriierung? Eine gewaltige Zunahme der Arbeitslosigkeit und auf die Länge eine zwangsläufige Auswanderung immer grösserer Teile unserer Bevölkerung, die in der Schweiz keine Arbeit und kein Brot finden könnten. Es bleibt mir nur noch übrig, der Hoffnung Ausdruck zu geben, dass es der schweizerischen Exportindustrie gelinge, in absehbarer Zeit die schwerste Krise, die sie je durchgemacht hat, zu überwinden. Dann wird es ihr auch vornehme Pflicht sein, ihre Arbeitnehmerschaft für die ihr vorübergehend und zwangsläufig zugemuteten Opfer in geeigneter Weise wieder zu entschädigen.

Präsident Prof. Dr. Zahn (München):

Ich möchte wie mein verehrter Herr Vorredner weniger in der Richtung der abstrakten Theorie zu diesem Problem Stellung nehmen, sondern mehr vom Standpunkt der Praxis aus, vom Standpunkt des praktischen Statistikers, wie vom Standpunkt dessen, der als Preiskommissär in Deutschland bei der Durchführung der bekannten Preissenkungsaktion eine wichtige Funktion hatte. Wenn wir uns das Thema nochmals vergegenwärtigen: Preis- und Lohnsenkung auf der

einen Seite, Wiederbelebung der Konjunktur auf der andern, so muss man meines Erachtens gewisse Unterschiede machen. Man muss erstens einmal fragen: Können Löhne und Preise gleichzeitig gesenkt werden, und welches ist dann die Folge auf die Konjunktur? Nach meinen Beobachtungen tritt keine Folge ein, die Konjunktur wird dadurch nicht berührt, sondern es wird lediglich eine Verlagerung unter Umständen innerhalb des Konsums herbeigeführt, die letzten Endes auf die Konjunktur des betreffenden Landes keinen Einfluss ausübt. Wenn Preise und Löhne gleichzeitig gesenkt werden, so kann höchstens das Land mit dem tieferen Niveau von Löhnen und Preisen eine Zeitlang auf dem internationalen Markt einen Vorteil haben gegenüber den Ländern, die noch während einiger Zeit als sogenannte Preisinseln fortbestehen, die aber natürlich auf die Länge sich dem Vorgang des andern Landes angesichts der Verflechtung der ganzen Weltwirtschaft werden fügen müssen.

Eine zweite Frage lautet: Welches ist dann die Folge, wenn man zuerst die Preise senkt? Dann haben naturgemäss die Gehalts- und Lohnempfänger zunächst einen Vorteil. Sie haben eine erhöhte Kaufkraft und können unter Umständen alle die Wirkungen hervorrufen, von denen vorhin Kollege Böhler gesprochen hat. Aber es erhebt sich sofort die Frage, ob diejenigen, welche die erhöhten Gehälter und Löhne bei dem sinkenden Preisniveau zu bezahlen haben, in der Lage sind, die entsprechenden Kosten aufzubringen. Diese Frage stellt sich für die öffentlichen Haushalte wie für die privaten. Da zeigt sich dann das Kostenelement der betreffenden Löhne und Gehälter und infolgedessen der Schrei von seiten derjenigen, die für sie aufkommen müssen, namentlich von seiten des Staates, dass man unmöglich diese Gehälter und Löhne bezahlen könne, da man die grössten Schwierigkeiten in seinem Finanzhaushalt habe. Durchaus gleich ist die Sache auch innerhalb der einzelnen privatwirtschaftlichen Unternehmungen.

Nun kommt der dritte Fall: Man senkt die Löhne. Was ist dann? Die Folge ist eine Schwächung der Kaufkraft mit der notwendigen Folge, dass, wenn man die Sache so lässt, wie sie ist, selbstverständlich auch beim Absatz eine grosse Schrumpfung erfolgt. Diesen Fall hatten wir in Deutschland. Wie Sie wissen, waren wir mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in unserem öffentlichen Haushalt gezwungen, Einschränkungen vorzunehmen, die man zunächst mit einem Federstrich machen konnte, durch Herabsetzung der Beamtengehälter. Damit hat man am gleichen Tag die Bahn für eine Reduktion der Arbeiterlöhne freigemacht. Man wollte zunächst in der Privatwirtschaft den Tariflöhnen entgegentreten und sie herabsetzen. Wenn man nicht von Staats wegen die Senkung der Gehälter und Löhne bewerkstelligt hätte, wäre das nicht gegangen.

Nachdem so eine geschwächte Kaufkraft da war, war es selbstverständlich nötig, schon aus sozialen Gründen, denen, die nur noch diese geschwächte Kaufkraft zur Verfügung hatten, entgegenzukommen, indem man durch eine besondere Aktion die Preise senkte, natürlich zunächst nicht auf der ganzen Linie, nicht das gesamte Preisniveau, sondern vor allem dort, wo es besonders nötig war, das heisst bei lebensnotwendigen Waren und Dienstleistungen, die der normale einfache Mensch, vom Beamten angefangen bis zum einfachsten Arbeiter, nicht entbehren kann, wenn er seine Existenz fortsetzen soll. So kamen wir in Deutschland zu

dieser Preissenkungsaktion. Bei derselben handelt es sich nicht um die Senkung aller Preise, sondern um die Senkung der Preise der nötigsten Lebensartikel und Dienstleistungen. Die Preise für die landwirtschaftlichen Artikel liessen wir unberührt, aus dem einfachen Grunde, weil es der Landwirtschaft an und für sich schon so schlecht geht und wir diese ohnehin so schlechten Preise nicht noch reduzieren durften. Was vorhin in bezug auf den erhöhten Konsum von Fleisch gesagt wurde, ist natürlich mit Vorsicht aufzunehmen. Kollege Böhler hat in anderem Zusammenhange bereits darauf hingewiesen, dass wir jetzt eine ganz andere Alterszusammensetzung haben. So ist es erklärlich, dass beispielsweise die produktiven Klassen heutzutage stärker besetzt sind als die Säuglingsklassen, dass die Angehörigen dieser produktiven Altersklassen mehr Fleisch konsumieren und weniger Milch trinken. Was vorhin gesagt worden, ist also mit Vorsicht aufzunehmen. Man darf nicht annehmen, dass die Leute ungeheuer mehr Fleisch essen, sondern dass es mehr Leute gibt, die sich im Alter der Fleischesser befinden, dafür aber weniger Leute im Alter der Milchtrinker.

Die Preise, deren Senkung zuerst versucht wurde, waren die gebundenen Preise. Man wollte eine Auflockerung der Kartellpreise herbeiführen. Man sagte den Kartellen, sie müssten ihre Preise um 10 % senken, andernfalls seien ihre Kartellverabredungen nichtig.

Als Preiskommissär hat man sich aber vor allem an die Handelsspanne gehalten. Man suchte bei den Verteilungskosten einzusetzen. Durch eingehende Nachprüfung, nicht generell, sondern individuell, indem man die einzelnen Artikel herausnahm und die einzelnen Kostenelemente betrachtete, sollte tunlichst Abklärung geschaffen werden. Es war nicht etwa so, dass wir die Handelsspanne mit einer Verdienstspanne identifizieren. So naiv war weder der Reichspreiskommissär, noch waren es wir Landespreiskommissäre. Man hat darauf Rücksicht genommen, dass der Händler für seine Funktionen, Lagerkosten, Verzinsung usw. selbstverständlich nach wie vor das bekam, was ihm gebührte, nur musste natürlich auch er angesichts der Zeitlage ein Opfer bringen. Sein eigener Verdienst wurde etwas eingeschränkt.

Die Hauptfrage ist die: Was haben Sie damit vom Standpunkt der Konjunktur aus erreicht? Die Antwort lautet: Zunächst gar nichts. Man muss aber weiter sagen, dass das auch gar nicht die Absicht war, sondern die erste Absicht bei dieser Preissenkungsaktion war die, den Leuten mit der geschwächten Kaufkraft zunächst das Nötigste noch zu ermöglichen und auf dem Markt das zu erreichen, dass man einen Mengenrückgang auffangen konnte. Wenn ich beispielsweise mit den Bierbrauern und den Gastwirten verhandelte, so sagten die, als ihnen zugemutet wurde, eine Senkung der Bierpreise zu bewilligen: «Zum Donnerwetter, warum wird denn unser Konsum nicht angekurbelt? Wir möchten erreichen, dass wir die Produktion möglichst bald in die Höhe bringen.» Die Antwort meinerseits lautete: Das ist nicht meine Aufgabe, das kann ich nicht machen; ich habe nur dafür zu sorgen, dass das Nötigste in bezug auf den Bierkonsum sichergestellt wird, gerade in Bayern, wo das Bier als lebenswichtiges Nahrungsmittel erscheint. Da hat also die Bierfrage eine ganz bedeutende Rolle gespielt und zu vielen Massenversammlungen geführt. Bald hätte sie mir persönlich eine besondere Demonversammlungen geführt. Bald hätte sie mir persönlich eine besondere

stration eingetragen, die mir hätte zeigen sollen, wie weltfremd ich die Sache auffasse. Dann wurde gesagt, dass man sich blamiere, da ja die Zapfwirte nicht mitmachen, dass man sie nicht zum Streik in ihren Ausschankstellen zwingen könne. Bei dieser Gelegenheit war die Hauptsache, dass ich diesen Leuten sagen musste: Die Produktion wird nicht angekurbelt, aber es wird ein weiterer Rückgang verhütet. Der Mengenrückgang wurde also aufgefangen, was vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus ebenfalls wichtig war.

Nun ist aber natürlich klar, dass eine solche Aktion, die nur mit besondern Befugnissen und Vollmachten durchgeführt werden kann, nur kurzfristig sein konnte, auch aus psychologischen Gründen. Denn erstens einmal lassen sich das Volk als solches und die Wirtschaft als solche Eingriffe dieser Art nicht ohne weiteres auf die Dauer gefallen, ohne dass sich nach dieser Richtung hin Schwierigkeiten politischer Art ergeben. Sodann aber konnte die Aktion auch deshalb nur kurzfristig sein, weil die Aussicht auf fortgesetzte preissenkende Erscheinungen, auf weitere Verbilligungen, auf die Bestellungen und Auftragserteilungen kolossal lähmend wirkt. Deshalb war von Anfang an bei diesen Preissenkungsaktionen für uns, von Gördeler angefangen bis zu mir als bayrischem Landespreiskommissär, die Parole: Diese ganze Aktion muss so rasch wie möglich durchgeführt werden. Deswegen haben wir auch im wesentlichen die ganze Aktion im vorigen April abgeschlossen, so dass nach dieser Richtung hin alsbald auch wieder eine gewisse Beruhigung eintrat und die Leute nicht zu befürchten hatten, dass von oben her noch weitere Preissenkungen erfolgten.

Merkwürdig war, dass die Auswirkung der bereits erreichten Preissenkungen sich auch auf diesem oder jenen Gebiete zeigte, wo wir gar nicht eingegriffen hatten. Wichtig war, dass bei Eintritt der Ruhe und nach offizieller Sistierung unserer Aktion von selbst wieder der Kaufwille einsetzen konnte, im Gegensatz zu all den Erscheinungen, die sich bei der Deflation vorher als negative, als zurückhaltende Momente ausgewirkt hatten. Im Zusammenhang damit war es selbstverständlich, dass man gewisse Massnahmen mit sogenanntem Zündungscharakter ergriff, um diesen Kaufwillen mobil zu machen, damit in weiterer Auswirkung dieser Mobilmachung des Kaufwillens schliesslich eine solide Grundlage der wiedergewonnenen Kaufkraft sich ergeben konnte. Da teile ich die Auffassung, die vorhin erwähnt worden ist, in bezug auf die Wichtigkeit der Mengenkonjunktur für die Belebung der Konjunktur überhaupt. Es kann nicht die Rede davon sein, dass wir mit einer Preiskonjunktur, sei es nach unten oder nach oben, ohne weiteres eine entsprechende Belebung der Konjunktur erreichen, sondern es ist von der Mengenkonjunktur auszugehen, mag sie sich nun auf Produktionsgüter oder Konsumgüter beziehen. Jedenfalls wird davon auszugehen sein, dass nur die Mengenkonjunktur Voraussetzung und Möglichkeit zur Verwendung neuer bisher brachliegender Produktivkräfte und damit zur Erhöhung und Steigerung der Kaufkraft schafft. Erst im Anschluss an eine solche Mengenkonjunktur kann sich wieder eine bessere Preiskonjunktur ergeben und nicht umgekehrt. Wenn vorhin gesagt wurde, solche Dinge mache die Wirtschaft am besten von sich aus, und die Regierung, beispielsweise die deutsche, täte am besten, überhaupt nichts zu tun, so muss ich doch zugunsten dessen, was die Regierung getan hat,

sagen, dass das wichtigste Moment, das wir von einer Belebung der Konjunktur erwarten, das Vertrauen ist. Das Vertrauen innerhalb der Wirtschaft, das Vertrauen von Land zu Land kann natürlich am besten dadurch hervorgerufen und gestärkt werden, dass man vor allem mehr politische Ruhe herbeiführt, die ja bei uns in Deutschland durch die Ihnen ja auch bekannte politische Gleichschaltung herbeigeführt ist, die die Verkrampfungen ausschaltet, welche sich durch die politischen, die wirtschaftlichen und die Arbeitskämpfe ergeben hatten. Nach dieser Richtung hin geht ein Aufatmen durch die weitesten Kreise des Volkes, dass nun durch diese Gleichschaltung diese politische Ruhe von vornherein gewährleistet ist als bester Untergrund für die Schaffung des gegenseitigen Vertrauens innerhalb der Wirtschaft.

Aber damit ist noch nicht alles getan. Das wissen Sie so genau wie ich, dass das für die ganze Wiedergewinnung einer Konjunktur nicht die Hauptsache ist, zumal die Krise nicht nur konjunkturellen, sondern strukturellen Charakter hat. Die Hauptsache ist, das Vertrauen von Land zu Land wieder zu gewinnen. Es ist begreiflich, dass dieses Moment nicht bloss Sie beschäftigt und nicht bloss uns in Deutschland, sondern dass es mit Energie von den internationalen Organisationen in Angriff genommen wird. Es ist begreiflich, wenn betont wird, wie stark der Erfolg oder Misserfolg der Abrüstungskonferenz auf das internationale Vertrauen, das wir so sehnsüchtig wünschen, zurückwirkt. Es ist begreiflich, dass sich auch die grosse Organisation der internationalen Handelskammer in 8 Tagen auf ihrer Wiener Konferenz lebhaft mit diesem ganzen Verteilungsproblem und mit einer Wiederbeginnung unserer Weltwirtschaft beschäftigen wird. Es ist begreiflich, dass das gleichzeitig als Vorbereitung für die Weltwirtschaftskonferenz betrachtet wird, von der man auch hofft, dass endlich einmal nach dieser Richtung hin Entscheidendes erreicht wird, dass vor allem das Vertrauen wieder gewonnen wird durch Abbau alles dessen, was bisher als grösstes Hindernis der Herstellung dieses Vertrauens entgegenwirkte. Erst auf dieser Basis, die ungeheuer schwer zu erreichen sein wird, worüber wir alle einig sind, wird ernsthaft von einer Wiederbelebung der Konjunktur zu sprechen sein.

Prof. Dr. Grossmann:

Sie sind zweifellos damit einverstanden, dass ich bisher auf irgendwelche präsidiale Intervention verzichtet habe, nicht nur aus Gründen internationaler Höflichkeit, sondern um unserer besonderen Freude Ausdruck zu geben, dass Herr Präsident Zahn seine Erfahrungen, die er in seiner doppelten Eigenschaft als Leiter eines statistischen Amtes und als Preiskommissär gemacht hat, so freigebig zur Verfügung gestellt hat. Deutschland war in der Tat in den letzten Jahren das Experimentierlaboratorium, und es war interessant, einiges von diesen Erfahrungen zu vernehmen. Ich möchte Herrn Präsident Zahn dafür danken. Es sind noch 6 Redner eingeschrieben. Ich möchte diejenigen Herren, die sich gemeldet haben, bitten, das möglichste zu tun, um die Abwicklung des Programms sicherzustellen.

Prof. Dr. Büchner:

Dank der objektiven Darstellung des Themas durch unsere Referenten können wir es wagen, uns tatsächlich einmal schrittweise der ausserordentlich

schwierigen Problematik zu nähern, die in Wirklichkeit hinter dem Thema unserer Tagung steht. Ich will versuchen, hier einen kleinen Beitrag zur Klärung dieser Probleme zu geben. Erst eine kurze Vorbemerkung. Sie geht dahin, dass ich die Phänomene, die vor uns stehen, auf Grund einer ganz anderen Betrachtungsweise ansehe. Unsere beiden Hauptreferenten haben uns gestern auseinandergesetzt, wie der Güteraustausch funktioniert, haben uns dann gezeigt, wie der Preis der Regulator der Wirtschaft sei, und sind dann eingegangen auf die allgemeine Marktlage, auf das Steigen und Sinken der Preise. Ich muss Ihnen gestehen: Ich fühlte mich etwas vereinsamt in dieser Wirtschaft, wie Sie meinen Vorrednern vorschwebt, denn ich habe nur Güter und Preise gesehen, aber eines habe ich nirgends gesehen: den lebendigen Menschen. Das erste lebende Wesen, das in diesem Saal auftrat, das war eine Larve, die nicht den Mut hatte, zu glauben, dass aus ihr ein Schmetterling werde. Da war ich schon etwas froh, denn jetzt fing die Sache an, sich zu beleben. Zum erstenmal trat ein leibhaftiger Bierbrauer vor mich, zu meiner grossen Freude, als Präsident Zahn diese Leute erwähnte. Präsident Zahn hat ziemlich alles, was über Deutschland zu sagen war, nun gesagt. Auf der andern Seite muss ich betonen, dass ich nur mit erheblichem Respekt nach ihm spreche. Wer auch nur ahnt, was der Preiskommissär in diesem Prozess der Preissenkung an Vollmachten hatte, wird ein gewisses Grauen haben, nach einem solchen Mann zu sprechen. Wer glaubt, die Preissenkung sei eine Angelegenheit der freien Wirtschaft gewesen, der muss hier darauf aufmerksam gemacht werden, dass hier eine ganz erhebliche Kompetenz angesammelt und diese Preissenkung eine Staatsintervention allerersten Ranges war. Hinzuzufügen habe ich, dass als erstes Ergebnis der Preissenkungsaktion das Erscheinen der Schieber war. Herr Prof. Zahn stellt fest, dass nunmehr keine Preissenkungen mehr zu erwarten seien. Allein es scheint doch hier eine sehr schwierige Frage aufzutauchen. So glaube ich, dass wenn man dieses grosse Problem der Einwirkung von Preisen und Löhnen auf die Konjunktur einer etwas konkreteren Betrachtungsweise unterzieht, man viel mehr die einzelnen sozialen Schichten, deren Interessen in ganz verschiedener Weise berührt werden, ansehen muss. Ich kann das leider bei der Kürze der Zeit nicht durchführen. Ich möchte aber gerade e contrario Ihnen den Beweis erbringen, dass die Vorstellung eines solchen Marktmechanismus. der durch die Preise bestimmt wird, ausserordentlich vorsichtig zu handhaben ist. Ich will gewissermassen den Stier bei den Hörnern fassen und einmal von diesen Preisen reden. Ich bin der Meinung, dass wir hier über eine Sache reden. von der wir in Wirklichkeit gar keine exakte, klare Vorstellung haben. Ein allgemeines Preisniveau kann man irgendwo konstruieren, aber so etwas gibt es nicht; es gibt nur Bewegungen von einzelnen Preisen, die in den verschiedenen Wirtschaftszweigen ganz verschieden sein werden. Wenn also von Simultansenkung gesprochen wird, so ist dem entgegenzuhalten, dass eine solche nirgends in der Welt durchgeführt worden ist, weil die Preise sich überall ganz verschieden bewegt haben. Bei der Brüningschen Preissenkung in Deutschland ist ja das wichtigste, dass er eine ganze Menge von Preisen nicht gesenkt hat. Auf die Preise der Agrarprodukte wurde schon hingewiesen. Sein allgemeines Preisniveau ist also eine unsichere Sache. Tatsächlich handelt es sich um verschiedene

Preisbewegungen. Hier finden wir nun eine Reihe von Preisdisparitäten, deren genaue Feststellung uns gar nicht immer gelingt, die aber für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage von grösster Bedeutung sind. Gerade in einer Versammlung von Statistikern darf wohl darauf hingewiesen werden, dass die statistischen Unterlagen zur Beurteilung der gewaltigen Preisdisparitäten, unter denen wir so sehr leiden, überhaupt nur zum Teil vorhanden sind. Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass z. B. ein Nachweis der Preisbewegungen unter den industriellen Fertigfabrikaten, wobei man, wie dies in einigen Ländern möglich ist, zwischen Produktiv- und Konsumgütern unterscheiden könnte, in der Schweiz nicht vorliegt. Sie können mit Recht sagen, es sei sehr schwer, diese beiden Gütergruppen scharf zu scheiden. Ich weise aber doch darauf hin, dass man in der Betriebsstatistik zeitweise schon eine Gliederung in Konsumgüter- und Produktivgüterindustrien vorgenommen hat. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese Gliederung auch bei der Preisstatistik einsetzt. Festzuhalten ist: Wir können das Preismoment, so wie die Unterlagen in der Schweiz es uns bieten, gar nicht exakt feststellen, sondern wir stehen vor gewissen gefühlsmässigen Annahmen. Wir sprechen, und das ist festzuhalten, im Grunde genommen über Dinge, über die wir gar keine exakte Vorstellung haben. Wir können diese exakte Vorstellung nur allgemein aus einer Tendenz ableiten, wobei die Ableitung ausserordentlich problematisch ist. Ich glaube, es gibt niemanden, der für die Schweiz speziell mit Sicherheit sagen könnte, ob die allgemeine internationale Preisdisparität sich in der Schweiz in derselben Weise eingestellt habe, wie wir sie aus den internationalen Statistiken kennen.

Welches sind nun aber jene Erfahrungen, die uns aus der internationalen Beobachtung der Wirtschaftslage anderer Länder entgegentreten, die wir vielleicht, wie ich betonen möchte, auch in der Schweiz wieder finden können? Die Erfahrungen gehen dahin, dass wir es mit einer doppelten Preisdisparität zu tun haben. Ob wir sie auch für die Schweiz feststellen können, weiss niemand, weil es darüber keine Statistiken gibt. Auch die Untersuchungen des Völkerbundes, die in den Debatten oft herangezogen werden, zeigen, dass wir eine doppelte Preisdisparität haben: a) dass die Preiskurve der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unter derjenigen der industriellen Fertigerzeugnisse verläuft. Das ist die Preisdisparität zuungunsten der Landwirtschaft, die aufgeklappte Preisschere, die man anders definieren kann als sinkende Kaufkraft der landwirtschaftlichen Produzenten. Die zweite Preisdisparität, die wir aus dem internationalen statistischen Material zusammentragen können, ist die, dass nun unter den industriellen Fertigerzeugnissen die Konsumgüter stärker im Preis gesunken sind als die Produktivgüter.

Was schliessen wir nun aus dieser Erfahrung von der doppelten Preisdisparität, die statistisch einwandfrei für die Schweiz gar nicht verifiziert werden kann? Dass die Bewegungen der Preiskurven sich eben so gestalten, dass sie nicht übereinstimmen mit jener Bewegung, die wir im Normalfall, im Fall der sogenannten normalen Krise, vor uns haben. Überall dort, wo die Rede davon ist, dass die Ankurbelung, der Aufschwung ausgehen müsse aus der Sphäre der Produktivgüterindustrie, denkt man an jene alten Krisen, wie sie uns aus der Erfahrung

bekannt sind. Das ist ein Bestandteil wirtschaftlicher Erkenntnis, über den nicht lange zu streiten ist, dass die Erfahrung in diesen alten Krisen gelehrt hat, dass der erste Aufschwung immer im Bereich der Produktivgüterindustrie eingesetzt hat. Nur wollen Sie nie vergessen, dass in diesen normalen Krisen die Preise der Produktivgüter stärker gesunken waren als die Preise der Konsumgüter, also genau das Gegenteil von dem, was wir gegenwärtig haben, mit diesem starken Fall der Konsumgüterpreise.

Das führt mich zur Frage: Können wir überhaupt die gegenwärtige Krise mit diesen normalen Krisen und ihrer, wie man so lehrt, automatischen Selbst- überwindung vergleichen? Der letzte Einwand ist der, die früheren Krisen seien Konjunkturkrisen gewesen, diese gegenwärtige sei eine strukturelle Krise. Ich muss sagen, dass mir diese Antithese nicht sehr sympathisch ist, obgleich ich sie selbst immer verwende. Es steckt hinter dieser Scheidung letzten Endes wiederum ein Unterschied in der Betrachtungsweise der ganzen Wirtschaft. Man kann alles als Preisbewegung auf dem Markte ansehen. Es ist selbstverständlich, dass auch die gewaltigen Disparitäten unserer Zeit natürliche Preisbewegungen auf dem Markte sind. Insofern wäre es richtig, dass es überhaupt nur konjunkturelle Schwankungen gibt.

Aber das ist es ja im Grunde gar nicht, wovon wir hier reden, denn wenn Sie sich überlegen, was Konjunktur ist, und sagen, das heisse Marktlage, die sich in den Preisbewegungen ausdrückt, so heisst unser Thema: «Einfluss der Preissenkung auf die Preisbewegungen am Markte.» Da gibt es nur eine einzige Antwort: Wenn die Preise gesenkt werden, sinken die Preise am Markt. Um das zu erfahren, braucht man nicht nach Basel zu reisen. Es ist auch gar nicht der Sinn des Themas, das festzustellen, sondern der Sinn ist der, zu ergründen, welchen Einfluss die Preisund Lohnsenkung auf das Zusammenspielen der Gebilde in der Volkswirtschaft und in der Weltwirtschaft hat. Eine solche Betrachtungsweise ist nun unter allen Umständen, um das moderne Wort zu gebrauchen, strukturell. Wir haben hier eine ungeheure Schwierigkeit im Zusammenspielen der Gebilde der Volks- und Weltwirtschaft vor uns, und damit ist das ganze Problem in der Tat ein strukturelles, weil das Zusammenspiel der Gebilde, der Aufbau der ganzen Volkswirtschaft und damit ihre höchste Einheit in der Weltwirtschaft in stärkstem Masse gestört wurde. In diesem Sinne ist diese Krise unbedingt strukturell und unterscheidet sich von den normalen Wandlungen, wie sie in der kapitalistischen Ordnung in einem gewissen Rhythmus erscheinen.

Damit kommen wir zu dem weitern Punkt, den ich nur kurz andeuten möchte. Es geht genau so wenig an, von einem allgemeinen Preisniveau zu sprechen, wie es angeht, von einer allgemeinen Krise zu sprechen. Das ist ganz unhaltbar. Wir haben eine Kombination von mehreren Krisen. Seit Ausgang des Jahres 1927 tritt uns zunächst eine Agrarkrise entgegen, die in den Rohstoffstaaten ihren Ausgangspunkt nahm und schon eine Zeitlang sich entwickelt hatte, auch als der Investitionsboom in den Vereinigten Staaten noch währte. Daneben hat sich eine Industriekrise ausgebreitet, und beide kombinierten sich nun etwa seit Oktober 1929, seit dem Zusammenbruch an der New Yorker Effektenbörse, in der Form, dass diese Kombination die sinkende Tendenz der Preise in ungeheurem Masse

potenziert hat. Dazu gesellte sich eine Krise in einem ganz andern Bereich, in dem der nationalen oder internationalen Kreditgewährung. Es zeigt sich nach dem Börsenzusammenbruch in New York das Fehlen der Kreditmittel nicht nur in der Union, sondern in dem Zustrom nach Europa, wodurch der ganze Mechanismus des Verkehrs über den Ozean gestört wurde. Erst nach der Erreichung dieses Zeitpunkts war der Weg zu einem letzten Stadium frei. Die Tatsache, dass die Kreditmittel fehlten, gab den Grund dafür ab, dass die schon angelegten Kapitalien zurückgezogen wurden und das Loch noch mehr aufgerissen wurde, womit 1931 die Vertrauenskrise eintrat, die mit andern, mit währungspolitischen Fragen, zusammenhängt.

So sieht die Krise aus, und nun stellen die Herren Referenten die Frage: Kann oder soll man diese Krise von seiten der Produktion, der Investition oder von seiten des Konsums her zu überwinden suchen? Da gibt es nur die einzige konkrete Gegenfrage, nämlich die: Wo liegen denn die Ursachen dieser Krise? Die Ursachen dieser Krise sind nun nicht so lokalisiert, dass man sie mit einem Schlag alle treffen könnte. Das Beispiel der internationalen Krise möchte ich bloss andeuten, um Ihnen zu zeigen, wie ungeheuer kompliziert der Prozess ist. Nehmen Sie den Tatbestand der sinkenden Agrarpreise zum Ausgangspunkt der Betrachtungen und suchen Sie nach den Ursachen, so liegen sie einmal auf der Seite der Produktion (Anbauflächenausweitung, Verbesserung der Produktionstechnik im Sinne der kostenersparenden Erzeugungsmittel). Denken Sie an die Weizenfarmer im Westen der Vereinigten Staaten. Die Ursache liegt aber ebensosehr auf der Seite des Verbrauchs. Denken Sie an die langsam sich hebende Bevölkerungsziffer, denken Sie an die heute mehrfach angedeutete Wandlung in der Ernährungsweise, denken Sie nicht zuletzt daran, dass die Industriekrise noch erschwerend hinzugekommen ist. In den Industrieländern ist für die Agrarstaaten dadurch eine Schwierigkeit entstanden, dass die grossen Schichten der Konsumenten landwirtschaftlicher Artikel in die Industriekrise hineingezogen wurden.

So hängen hier schon zahllose Momente miteinander zusammen. Dieser einfache Hinweis wird genügen, um Ihnen die Schwierigkeiten zu zeigen und um Ihnen zu beweisen, dass wir die Preise bei den verschiedenen landwirtschaftlichen Produzenten auseinanderhalten müssen von denjenigen, die der Konsument für diese landwirtschaftlichen Erzeugnisse im unverarbeiteten oder verarbeiteten Zustand zahlen muss. Damit kommen wir zu dem grossen Problem der Handelsspanne, das sich hier einschaltet. Dass ganz verschiedene Ursachen hier zu der Wirkung der Krise geführt haben, mag an zwei andern Beispielen nur angedeutet werden. Da sind erstens die grossen Probleme der Währungspolitik, die auf einem ganz andern Blatt stehen. Währungskrisen haben sich zuerst ergeben in den Rohstoffstaaten der überseeischen Länder. Zuerst 1929 und 1930 in Südamerika; erst später treten sie in Europa auf. Dasselbe gilt von jenen Erschwernissen handelspolitischer, protektionistischer Art. Aus welcher Quelle kamen diese neuen Schutzzollströmungen? In erster Linie aus dem Schoss der Landwirte. Die tiefen Preise, die für ihre Produkte bezahlt wurden, zwangen sie in eine neue handelspolitische Situation hinein. Die neuen handelspolitischen Tarife der Vereinigten Staaten sind in erster Linie das Produkt der Farmerbewegung. Die Landwirte sind es, die überall den Protektionismus zum Schutz ihrer Erzeugnisse hervorgerufen haben.

Ich stelle das alles nur fest, um Ihnen die ungeheure Vielzahl der Probleme anzudeuten. Wir haben es also gar nicht allein mit einer Disparität der Preise zu tun, die nun mehr oder weniger rasch vorübergeht, sondern mit einer tiefgehenden Störung des ganzen Wirtschaftslebens.

Und so verbirgt sich hinter unserer Frage nach Preis- und Lohnsenkungen und Konjunktur das tiefe Problem, das sich eben als Grundproblem aller Wirtschaft zeigt: Wie kann es gelingen, Bedarf und Deckung auf die Dauer in Einklang zu halten? Hier unterscheide ich mich etwas von den beiden Hauptreferenten. Es ist unmöglich, zu glauben, das könne nur von der einen oder von der andern Seite kommen. Da klingt mir eben jenes Lied vom heiligen St. Florian entgegen. So ist es in der Tat nicht. Wenn man das Grundproblem aller Wirtschaft, Bedarf und Deckung dauernd in Einklang zu halten, einer Lösung näher bringen will, muss man die Umgestaltung sowohl von seiten der Produktion wie von seiten des Konsums an die Hand nehmen. Wir können bestenfalls, wenn wir die beiden Lösungen zusammennehmen, allmählich zu einer Klärung des Problems kommen, und wenn Sie darauf verzichten würden, immer nur vom Marktpreismechanismus zu sprechen. Ich glaube in der Tat, dass es die Aufgabe der Wissenschaft ist, die Fehler in den politischen Streitfragen, die natürlich Machtfragen sind - und niemand ist so machtlos wie die Vertreter der Wissenschaft -, zu klären und zu fragen: Wo liegen die eigentlichen Ursachen? Die objektive Erfassung der Ursachen wird uns mit Notwendigkeit dazu führen, sowohl auf seiten des Konsums als auf seiten der Produktion erhebliche Faktoren festzustellen, die zur Störung geführt haben. Es ist nur die Aufgabe des Wissenschaftlers, das festzustellen; er soll den neutralen Boden schaffen, auf dem die Tatsachenforschung ohne Rücksicht auf Auswirkungen parteipolitischer Art sich entwickeln kann. Die Schlüsse daraus werden wir in der Politik ziehen müssen, und je klarer uns die Ursachen geworden sind, um so eher werden wir auch in den politischen Fragen zu einer Verständigung gelangen.

Dr. M. Weber (Bern):

Herr Prof. Büchner hat soeben die Frage der Krisenursachen angeschnitten, mit vollem Recht. Wenn wir über die Frage der Bekämpfung der Krise durch gewisse Massnahmen sprechen, so sollten wir uns tatsächlich zuerst einigen können über die Ursachen der Krise. Zum mindesten sollten wir eine Klärung herbeiführen können. Das ist nun leider heute nicht möglich, da dazu die Zeit fehlt. Ich möchte kurz feststellen, dass die meines Erachtens beste Erklärung der Krisenursachen durch die Disproportionalitätstheorie geboten wird durch die Auffassung, dass die Krise infolge von Fehldispositionen entsteht, die zu einem falschen Verhältnis der verschiedenen Teile der Wirtschaft führen, wobei ich das in einem ganz umfassenden Sinne aufgefasst haben möchte. Es handelt sich nicht nur um ein Missverhältnis zwischen Geld und Währung, zwischen Produktion und Kapital, sondern auch um ein Missverhältnis zwischen Produktionsausdehnung

und Kaufkraft, vor allem aber um ein Missverhältnis zwischen den einzelnen Teilen der Produktion.

Da möchte ich vorerst ein Missverständnis feststellen, dem man häufig begegnet, indem man der sogenannten Kaufkrafttheorie unterschiebt, sie wolle die Krise einfach mit dem Fehlen der Kaufkraft oder ihrer zu geringen Steigerung erklären. Man argumentiert so: Amerika ist der Gegenbeweis; Amerika hatte hohe Löhne, es versuchte anfänglich, auch in der Krise diese Löhne zu halten, was aber das Hereinbrechen der Krise nicht hinderte. Das ist kein Gegenbeweis, wenn man behauptet oder nachweist, dass die hohen Löhne die Krise nicht verhindern konnten. Wenn die Disproportionalitätstheorie richtig ist, konnte auch diese Politik die Krise in Amerika nicht verhindern.

Nun ist gestern von Prof. Amonn die These in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen gestellt worden, dass der Geldumlauf von entscheidender Bedeutung sei. Meines Erachtens kann der Geldumlauf im Verhältnis zur Produktion eine Rolle spielen, wie es auch in der gegenwärtigen Krise geschehen ist. Ich glaube, das sei ein Nebenpunkt, ganz abgesehen davon, dass der Geldumlauf nicht eine festbestimmte Grösse ist, sondern eine solche, die verändert werden kann. Ich will darauf nicht näher eintreten.

Die zweite Klasse, die vor allem von Prof. Böhler vertreten wird, ist die des Kapitalmangels, der zu kurzen Kapitaldecke. Ich möchte wiederum nicht bestreiten, dass das falsche Verhältnis zwischen Kapitalvermehrung und Produktionsausdehnung von Bedeutung werden kann beim Ausbruch der Krise. Aber es ist wiederum nicht das entscheidende Moment. Man könnte höchstens, besonders in der gegenwärtigen Krise, von einer falschen internationalen Kapitalverteilung sprechen, wobei in einzelnen Ländern die zu kurze Kapitaldecke überhaupt nicht vorhanden war, sondern das Gegenteil. Es ist auch kein Gegenbeweis, wenn festgestellt wird, dass nun tatsächlich, was ich nicht bestreiten möchte, die Schwankungen der Produktionsmittelindustrie bedeutend grösser sind als die Schwankungen der Konsumgüterproduktion. Es ist deshalb kein Gegenbeweis, weil selbstverständlich die Produktionsgüterindustrien praktisch fast stillstehen können, ohne dass die Wirtschaft daran zugrunde geht, während es mit den Konsumgüterindustrien nicht mehr der Fall ist. Diese werden sich in einem gewissen Umfang auch in der Krise durchhalten können. Das ändert nichts daran, dass tatsächlich doch die Konsumgüterproduktion das Entscheidende ist, weil, wie gestern Prof. Marbach erklärt hat, die Investitionen bei den Produktionsmittelindustrien natürlich nur davon abhängen, ob es nachher auch möglich ist, den Absatz zu finden, wobei natürlich die Konsumkraft der Bevölkerung eine entscheidende Rolle spielt. Es ist auch kein Gegenbeweis, wenn einzelne Unternehmen wie Ford die Krise benützen, um zu investieren, um anzuschaffen. Das sind leider Ausnahmen, und auch diese Ausnahmen werden nur dann zu Investitionen schreiten, wenn sie eine Konsumsteigerung voraussehen, wenn sie annehmen, dass die Konsumschrumpfung schon so weit gediehen ist, dass sie voraussichtlich sich nicht mehr lange fortsetzen kann und zu einem Umschwung führen wird. Die Konsumsteigerung oder zum allermindesten die Konsumstabilisierung ist also wiederum eine Voraussetzung dieser Investition.

Nun die Frage der Senkung. Es ist erklärt worden, dass eine gleichzeitige Senkung von sämtlichen Preisen und Löhnen keine Folgen hätte. Ich bin nicht dieser Auffassung. Auch Herr Präsident Zahn hat gesagt, dass wenn man diese Senkung erwarte, eine Zurückhaltung der Käufer erfolge. Selbst in dem Fall, wo diese Senkung gleichzeitig geschieht, nämlich im Fall der Währungsentwertung. wird das eintreten, wenn man es vorher weiss, dass sich jeder in einen Wert internationaler Art zu retten sucht, um dieser Entwertung zu entgehen. Höchstens wenn das über Nacht geschieht, würden keine unmittelbaren Folgen eintreten. Trotzdem würde eine Wirkung sich zeigen: es würde eine internationale Wertverschiebung stattfinden. Das ist aber ein Ausnahmefall; der reguläre Fall ist der, dass die Senkung unmöglich gleichzeitig erfolgen kann. Diese Senkung erfolgt nur stufenweise, und es ist klar, dass dann die Krise verschärft wird infolge der Zurückhaltung der Käufer, infolge der Verringerung des Reallohnes, weil grosse Teile der Senkung irgendwo hängen bleiben, weil ganz besonders bei der heutigen durchorganisierten Wirtschaft jede Schicht das Bestreben hat, für sich soviel wie möglich zu retten. Da auch mit dem schärfsten Preisdiktat eine gleichzeitige und laufende Senkung nicht erzwungen werden kann, kommt es zu diesen Lähmungserscheinungen, die auch in der Schrift von Prof. Böhler anerkannt worden sind. Er hat deshalb gefordert, wie das übrigens auch Präsident Zahn heute getan hat, dass diese Senkung möglichst rasch erfolgen soll, wobei ich nicht untersuchen will, wie weit das überhaupt geschehen kann. Ich möchte nur feststellen, dass diese Lähmungserscheinungen auch bei grösster Beschleunigung eintreten. In ihrem Gefolge zeigt sich eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit, die nachher infolge dieses Kaufkraftausfalles eben keine Besserstellung der Wirtschaft ermöglicht. Ich halte es für einen Irrtum, wenn angenommen wird, dass infolge dieser Senkung eine Erhöhung, allerdings nicht der Einzelkaufkraft, aber der Gesamtkaufkraft, stattfinde, für einen Irrtum deshalb, weil infolge dieser Lähmungserscheinungen eine Reduktion dieser Kaufkraft eintritt, die nachher sogar die Erholung erschweren wird.

Nun noch ein paar Worte über die Lage der Schweiz. Ich glaube, man könne dazu einiges sagen, ohne dass man den Wunsch des Herrn Tagespräsidenten verletzt. Die Schweiz war ein Exportland und wird ein solches bleiben müssen. Ich glaube, die Tatsachen beweisen, dass die Behauptung richtig ist, dass der Export in der Krise durch diese Anpassung der Preise und Löhne nicht vermehrt werden kann. Der Exportrückgang der Schweiz ist allerdings katastrophal, beträgt er doch von 1929—1932 volle 62 %. Der Rückgang ist aber in andern Ländern ziemlich genau gleich gross, in Deutschland 58—59 %, in England ebenso, in andern Ländern bedeutend höher, so in den Vereinigten Staaten und in Österreich, wo die Schrumpfung sogar 70 % des Exportes in der gleichen Zeit übersteigt.

Diese Zahlen zeigen mit aller Deutlichkeit, dass die Senkungsaktion keine Exportsteigerung zur Folge gehabt hat. Nun ist es Tatsache, dass in der Krise die Verschiedenheit zwischen Inlandsmarkt und Auslandsmarkt sehr scharf in die Erscheinung tritt und der Binnenmarkt auf einem andern Preisniveau gehalten werden kann, wobei ich mir selbstverständlich bewusst bin, dass eine Anpassung

mit der Zeit wieder erfolgen muss. Ich möchte darauf hinweisen, dass schon in der letzten Krise von 1921-1923 die Schweiz diese Anpassung während der Krise nicht oder nur teilweise mitgemacht hat, während z.B. Amerika sie viel radikaler durchgeführt hat. Es war der Schweiz möglich, nachher die Anpassung zu finden, in einem Moment, wo sie nicht mehr krisenverschärfend wirkte, wo die Lähmungserscheinungen nicht mehr eintraten. Diese Anpassung wird auch in dieser Krise nicht etwa nur nach unten, sondern vor allem nach oben eintreten. Das hat sich bis jetzt gezeigt. Sobald international eine Konjunkturbelebung eintritt, wird dieser Anstoss nach oben erst recht erfolgen, so dass es nicht nötig ist, dass das einzelne Land die Anpassung noch während der Krise mitmacht, sondern es kann sich nachher auf das internationale Preisniveau zurückziehen in dem Moment. wo die Anpassung wieder nach oben erfolgt und keine Lähmungserscheinungen mehr vorhanden sind. Nur ist es richtig, dass infolgedessen eine Differenzierung der Einkommen in der Krise eintritt. Diese Differenzierung können wir aber auf keinen Fall verhindern; sie ist auch da eingetreten, wo man diese Lohnsenkungspolitik durchgeführt hat. Man hat hier weniger vom Gerechtigkeitsstandpunkt aus gesprochen, aber wenn man diese Frage anschneiden würde, so würde auch sie so gelöst werden können, dass es nicht etwa gerechter ist, wenn man nun die andern auch nach unten anpassen will. Übrigens ist eine Erscheinung typisch: Die Statistik der Kleinhandelsumsätze der Schweiz, die in verdienstvoller Weise vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit seit dem letzten Dezember herausgebracht wird, zeigt, dass in der Schweiz, trotz der Krise, allerdings eine geringfügige Senkung der Kleinhandelsumsätze eingetreten ist, in Geld gesprochen: aber in den Mengen ist diese Senkung nicht eingetreten, ja in einzelnen Branchen hat sogar eine Konsumvermehrung Platz gegriffen.

Nun noch ein letztes Moment, das bisher in der Diskussion zu kurz gekommen ist: die Frage der Verschuldung, meines Erachtens ein Hauptproblem, vielleicht das Hauptproblem. Wenn man davon spricht, dass eine Währungsabwertung einen Vertrauensmissbrauch gegenüber dem Ausland darstellen würde, so möchte ich fragen: Was bedeutet das, wenn man für den Grossteil der Vermögenswerte in der Schweiz eine vollständige Verschiebung eintreten lässt infolge einer aktiven Preis- und Lohnsenkungsaktion? Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, dass wenigstens 70-80 % des schweizerischen Volksvermögens nicht direkt von den Vermögensinhabern verwaltet wird, dass die Besitzer dieses Teils des Volksvermögens nicht selbst darüber verfügen, sondern es in irgendeiner Weise weitergeben. Die Banken haben nahezu die Hälfte des Volksvermögens in ihrer Verfügungsgewalt. Daraus ergibt sich, dass für die einen eine Aufwertung der Schulden stattfindet, die von ungeheurer grosser Bedeutung ist, von grösserer als die Währungsentwertung, wobei ich in keiner Weise der Währungsfrage zu nahe treten möchte. Ich stehe auf dem Standpunkt, den Herr Direktor Stucki vertreten hat, dass es durchaus möglich ist, die schweizerische Währung zu halten, möchte aber sagen, dass dieses Schuldenproblem von ganz entscheidender Bedeutung ist. Wenn man hie und da hört, dass der Schweizerfranken gefährdet sei, wenn diese internationale Anpassungspolitik nicht bald gemacht werde, so glaube ich im Gegenteil, dass der Schweizerfranken am meisten bedroht werden wird, wenn diese

Schuldenaufwertung kommt, weil dann alle diejenigen, die diese Schulden haben und verzinsen müssen, an der Währungsabwertung interessiert sind. Wenn Amerika von der Goldwährung abgegangen ist, wiewohl es durch die Zahlungsbilanz nicht dazu gezwungen war, so geschah es neben der Absicht, eine Gegenmassnahme gegen England zu treffen, zweifellos in der Hauptsache aus dem Grund, weil für die Farmer die Schuldenlast infolge der Preissenkungsaktion unhaltbar geworden ist. — Auch bei uns kann diese Folge eintreten. Ich glaube deshalb, dass diejenigen, die diese Anpassungspolitik noch mit behördlichen Massnahmen unterstützen wollen, eine ungeheure Verantwortung auf sich nehmen.

Dr. P. Gygax (Zürich):

Einige kurze Bemerkungen nach der monetären Seite des Problems hin. Hinsichtlich des Preisproblems scheint mir das von Prof. Böhler Vorgebrachte wohl das schlüssigste zu sein. Es ist erfreulich, dass zwei Männer, welche die Volksabstimmung vom 28. Mai nach der wissenschaftlichen Seite massgebend beeinflussen, auch hier unter uns das Wort genommen haben, und ich möchte wünschen, dass irgendein Versuch unternommen werde, eine zusammenfassende wissenschaftliche Formulierung des praktischen Ergebnisses dieser heutigen Aussprache vorzubereiten. Das ist zweifellos sehr schwer, aber es schwebt mir dabei eine gewisse parlamentarische Form vor: Ein Mehrheits- und ein Minderheitsreferat, respektive ein Entwurf zu einer Resolution könnte zweifellos den Kredit und das Ansehen unserer Gesellschaft im Volke heben und vermehren. Denn wir haben schliesslich doch ein gewisses Interesse daran, dass die Erkenntnisse, die aus unseren Tagungen und Aussprachen hervorgehen, nun in einer ganz bestimmten Form an das Volk weitergeleitet werden.

Eine kurze Bemerkung gegenüber Herrn Dr. Weber. Ich glaube, dass jene Form der Abwertung für die Schweiz nicht in Betracht kommen kann, und ich erinnere daran, dass die Vorschläge, die vor bald einem Jahr Herr Dr. Ehrensperger, der heutige Präsident der Guyerzeller Bank, ausgearbeitet hat, auch bei den Bauern auf Ablehnung gestossen sind.

Und nun die Beeinflussung der Preise von der Geldseite her. Sie ist namentlich von Prof. Marbach hervorgehoben worden. Er ist der Ansicht, dass die monetären Theorien abzulehnen seien. Wer nun die Literatur der letzten Jahre und vor allem die ausgewählten Dokumente des Goldausschusses des Völkerbundes studiert, wird sagen müssen, dass die Klärung nach dieser Richtung noch keine erheblichen Fortschritte gemacht hat. Es ist nach wie vor unmöglich, eine scharfe Grenze zwischen Währungspolitik, Kreditpolitik und andern wirtschaftspolitischen Massnahmen zu ziehen. Auch gelegentliche Äusserungen in den Monatssitzungen der Bank für internationalen Zahlungsausgleich haben mehr Bekenntniswert, als dass sie die weitere Erforschung des Problems fördern. Ein Rückblick auf die Konferenzen von Brüssel und Genua — die Weltwirtschaftskonferenz in Genf vom Jahre 1927 nehme ich davon aus — zeigt jedenfalls, dass die Erwartungen, die mit bezug auf eine gewisse Währungspolitik gehegt wurden, in einem sehr grossen Masse enttäuscht wurden und in letzter Zeit immer mehr enttäuscht werden. Wir können sagen: Von allen offiziellen Bestrebungen in der Leitung

einer Goldpolitik ist herzlich wenig geblieben, und der amerikanische Sachverständige, Mr. Sprague, ist, wie die Finanzminister, bei der Sparsamkeit angelangt, bei der Sparsamkeit in der Verwertung des Goldes, bei der Verminderung der Quote der Golddeckung für die Banknoten. Prof. Salin hat vor bald zwei Jahren im weltwirtschaftlichen Archiv erklärt, dass die Goldpolitik der B. I. Z. enttäuscht hätte. Sie verfügt in der Tat über zu geringe Machtmittel. Das ist auch, wenn ich nicht irre, von Prof. Salin hervorgehoben worden. Die Kooperation der Notenbanken ist ja leider nur bei ganz seltenen Anlässen in die Erscheinung getreten. Ich möchte somit feststellen, dass Lösungen, die von der monetären Seite kommen können, jedenfalls nicht in eine greifbare Nähe gerückt sind. Nach dem, was England und Amerika auf dem Gebiet der Währungspolitik vorgekehrt haben, hält es schwer, an den weitern Erfolg solcher Massnahmen zu glauben, wie sie uns namentlich von den Amerikanern vorgeschlagen wurden. Ich glaube mit Herrn Präsident Zahn, dass auch die Macht gewisser psychologischer Faktoren nicht ausser acht gelassen werden darf. Wir stehen somit einer neuen währungspolitischen Situation gegenüber, die mit derjenigen des Jahres 1927, vor der Genfer Wirtschaftskonferenz, gewisse ähnliche Züge aufweist. Diesmal ist es jedoch Amerika, das die Situation kompliziert. Da die Londoner Weltwirtschaftskonferenz mehr eine Konferenz von Politikern ist und weniger eine solche von Fachmännern, so ist wohl zu befürchten, dass fachmännische Gesichtspunkte stark hinter die machtpolitischen Gesichtspunkte zurücktreten werden,

Prof. von Mühlenfels (St. Gallen):

Ich möchte nur insofern zum Thema reden, als ich einige Bemerkungen zu dem mache, was die Herren Referenten gesagt haben, ohne meine eigene Meinung in extenso vorführen zu wollen. Sie würde anders sein als die aller andern, die gesprochen haben. Zunächst zum Referat von Prof. Amonn. Er ist von einer Voraussetzung ausgegangen, von der ich nicht weiss — vielleicht sagt er es uns noch —, ob sie eine Fiktion oder eine Feststellung sein sollte. Er hat gesagt, die Geld- und die Kreditmenge sei begrenzt. Das war eigentlich die Grundlage für alle seine weiteren Deduktionen. Nun finde ich, dass man von dieser Annahme, von dieser Fiktion ausgehen darf. Darin liegt allerdings die Gefahr, die wohl auch hier etwas akut geworden ist, dass man sich in einer Richtung isoliert, dass der andere Redner sich in einer andern Richtung isoliert und man so etwas aneinander vorbeiredet. Ich bin der Meinung, in Wirklichkeit könne man das nicht so ohne weiteres sagen. Man könnte vielleicht sagen, in der Goldwährung sei die Geldund die Kreditmenge begrenzt, aber auch das Goldwährungsprinzip zieht doch ziemlich elastische Grenzen. Es ist durchaus denkbar, dass die Preise auch innerhalb der Goldwährung erhöht werden könnten, natürlich nicht in infinitum. Darauf kommt es nicht an, sondern es handelt sich bei der Konjunkturankurbelung immer nur um eine begrenzte Notwendigkeit. Eine Grenze ist allerdings sehr wesentlich, auf sie ist hie und da angespielt worden, vielleicht aber doch nicht in dem Masse, wie es nötig wäre. Das ist die Zahlungsbilanz. Wir wissen alle, dass die Preise mit denen des Auslandes in Einklang gebracht werden müssen, wenn sich auf die Dauer nicht für die Zahlungsbilanz Schwierigkeiten ergeben sollen. Man

hat ja im allgemeinen auch die Konsequenzen gezogen, indem man sagt, solche Dinge seien nur im Rahmen einer internationalen Aktion möglich. Da scheint mir nun aber ein Moment auch hier in der Diskussion nicht genügend in den Vordergrund gerückt worden zu sein. Die Sache ist etwas mechanistisch aufgefasst worden. Prof. Amonn hat sich wohl ziemlich direkt so ausgedrückt, Preis- und Lohnsenkung sei gleichbedeutend mit Umsatzsteigerung, wenn die Geldmenge gleich bleibe. Nun finde ich — es ist nichts Neues, was ich erzähle, man soll aber immer wieder daran erinnern —, man sollte das psychologische Moment der Unternehmungslust doch nicht vergessen. Es kann ebensogut auch so kommen, dass wenn die Löhne gesenkt werden, die Unternehmungslust nicht da ist, keine Lust, neue Arbeiter einzustellen, vorhanden ist, dass diese Lohnsenkung deflationistisch wirkt, dass die Ersparnisse, die gemacht werden, einfach dazu dienen, um den Kredit, den man aufgenommen hat, zurückzuzahlen, also das Kaufkraftvolumen einzuschränken. Das ist etwas, was meines Erachtens berücksichtigt werden muss, dann kommt man davon ab, solche Gleichungen aufzustellen, wie sie natürlich naheliegen können. Ich möchte die Sache sogar so ausdrücken: Solange die Unternehmungslust nicht angefacht ist, in dem Sinne, dass eine Lohnsenkung zu einer Beschäftigung von entsprechend mehr Arbeitskräften führt, hat für mich in diesem Punkt wenigstens die Kaufkrafttheorie in gewissem Sinne recht. Ich schränke das ein, indem ich erkläre, dass sonst die Kaufkrafttheorie in sehr vielen Punkten nicht recht hat. So werde ich noch auseinanderzusetzen haben, was zugunsten der einen und was vielleicht zugunsten der gegenteiligen Ansicht spricht. Man hat mit Recht hier gesagt, Lohnsenkung und Krediterweiterung führe zur Mehrkapitalisierung, zur Mehrinvestierung, und das sei gar nicht das, was jetzt eintreten muss. Es ist ja schon zuviel investiert. Warum soll man nun die Sache so ankurbeln, dass noch mehr investiert wird? Ich stelle mich damit in Gegensatz zu Prof. Böhler, der missbilligend den Kopf schüttelt. (Prof. Dr. Böhler: Die Ersatzinvestitionen sind in den Investitionen drin.) Ich gebe zu, dass gewisse Investitionen immer nötig sein werden, denn man kann einen stillgelegten Produktionsapparat natürlich nicht einfach wieder in Betrieb setzen, sondern es wird sich manches Neue als nötig erweisen, aber ob das nun zu einer Konjunkturankurbelung reicht, das weiss ich nicht. Ich möchte es jedenfalls bezweifeln. Nun kann man gerade in der Schweiz natürlich sagen, diese allgemeine Konjunkturtheorie sei nicht überall ohne weiteres anwendbar, und gerade in der Schweiz, wo doch von Kapitalmangel nicht die Rede sein kann, müsste man mit der Anwendung dieser allgemeinen Sätze etwas vorsichtig sein. Man muss darüber klar sein: Die vorhergehende Konjunktur hat eine Überinvestition gebracht. Man muss zuerst diese Überinvestition bereinigen. Was da zunächst passieren muss, ehe wieder neu investiert wird, ist die Beseitigung dieser Überinvestition durch Abschreibung, Abwertung. Ich habe den Eindruck, ich lasse mich gern belehren, als ob in dieser Richtung der Kapitalabwertung in der Schweiz bei weitem noch nicht soviel erfolgt wäre wie in den meisten andern Ländern, vielleicht auch nicht soviel, wie das üblich ist. (Prof. Dr. Böhler: Aber die Überinvestition ist auch viel kleiner.) Ich verstehe nicht, in welchem Zusammenhang das damit steht. (Prof. Dr. Böhler: Sobald Sie auf die schweizerischen Verhältnisse speziell eingehen, ist es sicher entscheidend, dass die Überinvestitionen prozentual wesentlich kleiner sind als irgendwo anders, in Deutschland, England, den Vereinigten Staaten.) Das gebe ich gern zu, aber Überinvestitionen sind zweifellos vorhanden. (Dr. Engi: Kaum.) (Prof. Dr. Böhler: Ganz wenig, die chemische Industrie z. B. hat keine.) Dann frage ich mich: Warum liegen so viele Anlagen still? (Dr. Engi: Weil der Export unterbunden ist.) Also ist das doch Überinvestition.

Präsident Prof. Dr. Grossmann:

Wir sind in einem sehr interessanten Stadium der Diskussion, das zweifellos seine grossen Vorzüge hat, aber es scheint mir, es sei doch besser, die Sache etwas zu organisieren. Kollege Salin wollte eine Zwischenbemerkung machen.

Prof. Dr. Salin (Basel):

Ich wollte nur Kollege von Mühlenfels bitten, seine Ausführungen in einem wichtigen Punkt zu präzisieren: Worum es sich heute, im Unterschied von allen übrigen Krisen, handelt, hat Spiethoff hervorgehoben, indem er sagte, dass wir es heute zum erstenmal mit einer Überinvestition zu tun hatten, die selbst in der Zeit des stärksten Aufschwunges nicht voll beschäftigt war. Wir hatten sonst den Fall, dass zuerst eine übermässige Ausdehnung da war, dass dann die Krise kam und dass beim nächsten Aufschwung die ganze Kapazität ausgenützt wurde. Das ist diesmal in der Eisenindustrie nicht mehr der Fall, ebensowenig in der Kaliindustrie, auch nicht in der Zementindustrie. Alle diese Industrien, in denen die stärkste Überkapazität vorliegt, sind aber in der Schweiz am wenigsten vertreten, denn die schweizerische Exportindustrie ist so zusammengesetzt, dass z. B. die chemische Industrie nicht betroffen wird, dass die Eisenindustrie auch nicht gerade auf Schienenherstellung, wo die stärkste Überkapazität vorliegt, eingestellt ist und dass es auch sonst so ist, dass die ganze Situation in diesem Punkt wesentlich günstiger liegt als irgendwo anders. Ich würde darum Ihr Argument, das in England, in den Vereinigten Staaten und in Deutschland eine sehr grosse Bedeutung hat, gerade im Hinblick auf die Schweiz stark abschwächen. (Prof. Dr. Marbach: Wie steht es mit der Uhrenindustrie, Textilindustrie, Zementindustrie in der Schweiz?) Herr von Mühlenfels wird genau so gut antworten können wie ich; im Notfall bin ich gern dazu bereit. (Prof. Dr. von Mühlenfels: Ich möchte lieber darauf nicht eintreten.) Die Sache ist interessant, weil damit das belegt wird, was ich zeigen will: Uhrenindustrie und Textilindustrie in der Schweiz sind von Strukturveränderungen betroffen, die sich schon in der Zeit der Hochkonjunktur gezeigt haben. Ich war in St. Gallen zur Zeit der letzten Hochkonjunktur; St. Gallen war damals eine tote Stadt; ich war in Le Locle und im ganzen Uhrenindustriegebiet zur Zeit der Hochkonjunktur; das war damals schon tot. Das sind aber völlig andere Verschiebungen, denen man mit Lohnausgleich nicht begegnen kann. Da handelt es sich nicht darum, die Konjunktur anzufachen, sondern die Frage ist da nur die, wieviel von diesen früher bestehenden und früher starken Industrien überhaupt noch gerettet werden kann. Das fällt in die Frage, die wir hier behandeln, gar nicht hinein.

Prof. Dr. von Mühlenfels:

Wenn ich den Einwand richtig verstanden habe, würde er dahin gehen: Wir befinden uns augenblicklich in demjenigen Stadium der langen Welle, wie Kollege Saitzew sagen würde, das nach unten führt, so dass die Höhepunkte der einen Konjunktur im Begriffe sind, sich anders zu verhalten als die Höhepunkte der Produktionsmenge, der vorübergehenden Konjunktur. Das gebe ich gern zu, wie ich auch zugebe, dass man das Problem gewissermassen in zwei Teile teilen muss. In Deutschland ist ein grosser Mangel an Betriebskapital vorhanden. Das wird kaum jemand ableugnen. Warum hat Deutschland soviel Kapital eingeführt? Doch nicht nur für die Neuinvestitionen, sondern auch als Betriebskapital. Dieser Mangel ist in der Schweiz keineswegs vorhanden, und in diesem Sinne wird man doch sehr wohl die Meinung vertreten können, dass die Verhältnisse in der Schweiz anders liegen als in Deutschland und dass in dieser Beziehung von Kapitalmangel nicht gut die Rede sein kann. Aber das, was Herr Prof. Salin gesagt hat, bestärkt mich doch nur in dem Gedanken, dass eine Kapitalabwertung kommen muss, damit diese Überinvestition bereinigt wird. Das geschieht ja sonst auch bei jedem normalen Konjunkturablauf. Zuerst haben wir eine Kapitalabwertung in Gestalt von Konkursen, dann kommen die üblichen Reaktionsmassnahmen, die das Gleichgewicht wieder herbeiführen. Ich sehe aber, wie gesagt, nicht so genau in die schweizerischen Verhältnisse hinein, dass ich sagen könnte, diese Kapitalabwertung, die in der Schweiz erfolgt ist, sei noch nicht genügend. Das lasse ich durchaus offen. Ich sage nur: Nach dem oberflächlichen Eindruck, den ich bisher habe, scheint es mir, als ob in andern Ländern dieser Reinigungsprozess auf der Kapitalseite schon weiter vorgeschritten sei als in der Schweiz.

Es wurde von fixen Kosten gesprochen, die solche Schwierigkeiten machen. Worin bestehen sie? Natürlich auch in Steuern, aber hauptsächlich in Kapitalkosten, Zinsen irgendwelcher Art. Dieses Hinderungsmoment für den Wiederaufstieg muss noch beseitigt werden, ehe überhaupt ein Wiederaufstieg sich automatisch oder durch künstliche Massnahmen wieder einstellen kann, Ich finde überhaupt, man müsse sich darüber klar sein, dass man solche allgemeine Theorien nicht unbesehen auf irgendein Land anwenden kann, sondern sich sehr genau darüber Rechenschaft geben muss, ob die Voraussetzungen, von denen diese allgemeine Theorie ausgeht, wirklich auf diesen besondern Fall zutreffen. Man muss also die Unterschiede in den verschiedenen Ländern betrachten, und da scheint es mir gerade bei der Schweiz nötig, sich darüber klar zu sein — es ist auch schon gesagt worden, muss aber immer wieder gesagt werden -, dass die Schweiz ein Land ist, das auf den Welthandel noch viel mehr angewiesen ist als andere Länder. Ich könnte mir zur Not vorstellen, dass Deutschland autonom seine Konjunktur ankurbeln könnte, aber in der Schweiz kann ich mir das absolut nicht vorstellen. Die Schweiz ist also bei der Konjunkturankurbelung nicht autonom. Wenn gesagt wurde, man solle die handelspolitischen Probleme beiseite lassen, so ist das, sobald man sich in der Diskussion auf die schweizerischen Verhältnisse bezieht, meines Erachtens unmöglich; die handelspolitischen Probleme gehören unbedingt in die Konjunkturankurbelungsprobleme hinein und müssen im Zusammenhang damit behandelt werden, jedenfalls angedeutet werden.

In einem andern Punkt möchte ich keinen so grossen Unterschied zwischen deutschen und schweizerischen Verhältnissen sehen. Prof. Marbach hat gesagt, der Anlass zur Preissenkungsaktion in Deutschland sei in der mangelhaften Golddeckung zu suchen, und Präsident Zahn, dass andere Motive sehr massgebend waren, finanzielle Motive, die Absicht, die Kosten des Staatsapparates zu vermindern. Abgesehen davon waren es auch Überlegungen, die mit der Zahlungsbilanz zusammenhingen, welche Deutschland leiteten. Man hatte starke zahlungsbilanzmässige Verpflichtungen, und das zwang dazu, die Preise herunterzusetzen. Nun fragen wir uns einmal: Wie lag das bei der Schweiz? Prof. Marbach sagt: In der Schweiz ist das toto coelo verschieden; da wir so viel Gold haben, kommt es gar nicht in Frage, dass Zahlungsbilanzprobleme auftauchen. So habe ich das verstanden. Er ist von der Golddeckung ausgegangen und hat gesagt: Sie ist bei uns so gross, dass die Sachlage ganz anders ist als in Deutschland. (Prof. Dr. Marbach: Nicht in dieser Beziehung.) Sie haben gesagt, die Preissenkung sei erforderlich gewesen, weil das Kreditvolumen eingeschränkt werden müsse wegen des geringen Goldvorrates. Das ist in Deutschland nicht der Fall gewesen; ich glaube, dass man sich damals schon entschlossen hätte -- das Bankgesetz bot die Möglichkeit dazu —, auch unter 40 % Bardeckung zu gehen. In der Schweiz fing es, wie ich sehe, so an, dass allerdings im Moment nicht die geringste Gefahr für die Zahlungsbilanz besteht, dass aber ohne Zweifel eine latente Gefahr da ist, sonst würden nicht immer wieder Leute auftreten, die sagen: Der Export ist gefährdet; wie sollen wir unsern eingeschränkten Import bezahlen? Aus diesen Gründen komme ich zum Schluss, dass das Preisniveau doch gesenkt werden muss, um die Gefährdung der Zahlungsbilanz zu beseitigen. Nun sieht Prof. Marbach darin eine grosse Gefährdung, er sagt, die Wechselkurse könnten steigen, die Massnahme werde also nicht ergriffen, weil die Wechselkurse so stabil sind. und gar keine Gefährdung besteht, sondern es wird gesagt, man müsse die Preise senken, damit die Zahlungsbilanz im Gleichgewicht erhalten werden könne. Wenn die Sachlage so ist, dann besteht die Gefahr, dass die Wechselkurse zu hoch steigen könnten, in sehr geringem Umfang.

Gegen das Referat Marbach möchte ich noch etwas einwenden. Er hat gesagt, die Redereien darüber, dass das Preisniveau in der Schweiz sehr viel höher sei als im Ausland, berücksichtigen gar nicht, dass das Zinsniveau sehr viel niedriger sei. Ich gebe zu, dass man die Zinse mitberücksichtigen muss, frage mich aber bloss, ob wirklich das Zinsniveau in der Schweiz so viel niedriger ist als in der übrigen Welt. Ich kenne eine ganze Menge anderer Länder mit sehr niedrigem Zinsniveau. Man darf nicht immer nach Deutschland sehen, und man muss sich klar sein, dass schliesslich auch in diesen andern Ländern — Deutschland ist ein Beispiel dafür — erniedrigt werden kann, und dass, wenn es nicht so geht, man riskiert, mit Gewalt etwas zu komprimieren. Es hat sich gezeigt, dass das bis zu einem gewissen Grade gelingt.

Ein anderer Einwand Prof. Marbachs ist der, dass die Zahlungsbilanz weniger durch die Preise als durch die Handelspolitik beeinflusst wird. Das gebe ich zu, es ist durchaus richtig. Damit wird aber das unterstrichen, was ich vorhin gesagt habe: Die Konjunkturpolitik in der Schweiz muss in diesem Sinne auch Handels-

bilanzpolitik sein. Aber über eines muss man sich doch klar sein: eine noch so geschickte Handelspolitik kann nicht helfen, wenn die Preise eben zu hoch sind. Man kann alle möglichen Verträge abschliessen; wenn die Preise zu hoch sind, kauft einem trotz dieser guten Verträge kein Mensch etwas ab.

Präsident Prof. Dr. Grossmann:

Es kommt noch eine andere Senkungsaktion: die Senkung der Redezeit. Wir müssen uns beeilen. Ich frage einen der drei Herren, die ausser dem Referenten noch angemeldet, ob sie zum Verzicht zu bewegen wären?

Dr. A. Liechti (Zürich):

Ich halte es für notwendig, auf einige Einwände von Herrn Prof. Böhler ganz kurz einzutreten.

Zunächst ist hinsichtlich der Krisenursachen zu sagen, dass die Unterkonsumtion eine wesentliche, statistisch erwiesene Ursache des Wirtschaftsniedergangs darstellt. Kein Mensch bestreitet, dass die gegenwärtige Situation vorab durch den Stillstand der Investitionstätigkeit gekennzeichnet ist; allein der Niedergang der Investitionstätigkeit ist nicht primär, sondern sekundär, wie der deutsche Produktionsindex z. B. mit aller Deutlichkeit zeigt. Wenn der Index der Produktivgüterindustrien und der Konsumgüterindustrien für 1928 beidemal mit 100 angenommen wird, so stieg er bei den Produktivgüterindustrien 1929 auf 106, zu gleicher Zeit aber fiel er bei den Konsumgüterindustrien auf 94. Zu einer Zeit also, da die Investition in vollem Aufschwung begriffen war, ging die Produktion der Konsumgüterindustrien, d. h. der Konsum, zurück, was offensichtlich nicht mit der Böhlerschen Theorie übereinstimmt. Der Rückgang des Konsums war also primär, der Niedergang der Investitionstätigkeit musste logischerweise als sekundäre Wirkung folgen; der durch den Niedergang der Investitionstätigkeit ausgelöste weitere und bedeutendste Konsumrückgang war tertiärer Natur.

Auch in Amerika zeigte es sich nach Wagemann, dass die Arbeitskräfte freisetzende Mechanisierung und Rationalisierung trotz steigender Löhne in den Haussejahren 1926—1928 ein Zurückgehen der Gesamtlohnsummen bewirkte, während zu gleicher Zeit die Produktion stark anstieg. Auch die Hochkonjunktur des Abzahlungsgeschäftes in den letzten Hochkonjunkturjahren zeigt, dass von der Unternehmerschaft die Kaufkraft der Massen offensichtlich als zu gering empfunden wurde. Selbstverständlich konnte mit dieser Vorwegnahme künftiger Kaufkraft das Übel nur hinausgeschoben werden, und es musste nachher um so schlimmer in Erscheinung treten.

Herr Prof. Böhler wendet nun ein, die Arbeitskräfte freisetzende Mechanisierung sei gerade auf die zu hohen Löhne zurückzuführen gewesen. Ich sehe in dieser Argumentation einen gewissen Widerspruch zu der Annahme von Professor Böhler, wonach tiefe Löhne die Investitionstätigkeit anregen sollen. (Prof. Dr. Böhler: Meine Argumentation geht dahin, dass die Art der Investition angeregt werden kann. Hohe Löhne fördern die Mechanisierung, während die Investition in einer andern Richtung gegangen wäre, wenn die Löhne nicht so hoch gewesen wären.) Mechanisieren ist meines Erachtens auch nichts andres als

Investieren; also hohe Löhne sowohl als auch tiefe Löhne regen zur Investitionstätigkeit an. (Zwischenruf von Prof. Saitzew: «Es gibt Investitionen, die Arbeitskräfte freisetzen, und andre, die es nicht tun.») Immerhin, die Grosszahl der Investitionen hat keinen andern Zweck, als Arbeitskräfte freizusetzen; die Maschine hat keinen andern Sinn als den. Menschenarbeit zu ersetzen: die zurzeit auf Verwirklichung wartenden Erfindungen (man denke z. B. an die Projekte der Technokraten) betreffen zum grossen Teil Maschinen, die - wenn einmal vollendet - eine Unmenge von Arbeitskräften freisetzen werden. Meines Erachtens hat es auch gar keinen Sinn, sich dieser Entwicklung entgegenzustemmen. Zweck der Wirtschaftspolitik sollte es nicht sein, durch niedrige Löhne den technischen Fortschritt hintanzuhalten, damit die Arbeitsmenge möglichst gross bleibt. Die niedere, ausführende Arbeit ist und bleibt ein (Móros), eine Mühsal, auch wenn wir uns mit Recht angewöhnt haben, die Erwerbslosigkeit als das bei weitem grössere Übel anzusehen. Ihre Ersetzung durch Maschinenarbeit ist nur erwünscht in dem Moment, wo durch eine eudämonistische Wirtschaftspolitik dafür gesorgt wird, dass der technische Fortschritt wieder zu einem Segen statt zu einem Fluch für die Menschheit werde. International wirksame Arbeitszeitverkürzungen werden sich daher aufdrängen; ebenso muss der Überkapitalisation und Unterkonsumtion in den Aufschwungsjahren durch vermehrte Besteuerung zu sozialpolitischen Zwecken entgegengewirkt werden.

Sodann möchte ich das Missverhältnis zwischen Produktivgüterpreisen und den Konsumgüterpreisen in seinen Beziehungen zum Lohnabbau streifen. Dass unter den heutigen Voraussetzungen der Lohnabbau nicht eine Förderung der Investitionstätigkeit bedeutet, kann ich nicht mehr ausführen, dass er auch nicht eine Förderung des Exportes bringt, liegt darin begründet, dass die Exportschwierigkeiten auf handelspolitischen Verhältnissen beruhen. Da dem so ist, bedeutet Lohnabbau nicht nur eine Senkung des Lohnniveaus, sondern eine Senkung der gesamten Lohnausgaben, d. h. der Massenkonsumkraft. Unter diesen Voraussetzungen führen Lohnsenkungen gerade zu einer Steigerung des Missverhältnisses zwischen den Preisen der Konsum- und der Produktivgüter. Wir können lange empfehlen, die Produktivgüterpreise zu senken, wir haben dazu nicht die Macht; der Staat hat höchstens die Macht, die Löhne zu senken, aber gegen die Preisbildungen schreitet er nicht ein. Daher bedeutet Lohnsenkung... (Zwischenruf: Das tut er nicht.) Was er nicht tut, steht nicht zur Diskussion. Zudem ist die Produktivgüterindustrie hauptsächlich im Ausland, und darauf haben wir ohnehin keine Macht.

Dr. W. Strub (Basel):

Wir haben heute ungefähr so viele Meinungen gehört, als Redner da waren, daher müssen Sie mir verzeihen, wenn ich in dieser Frage auch eine eigene Meinung habe. Das gehört offenbar zur Nationalökonomie, dass jeder etwas anderes glaubt. Ich schliesse daraus, dass es gut ist, wenn es heute nicht mehr zu einer Abstimmung kommt, denn die Meinungen könnten sich ja nicht mehr klären. Ich wollte eigentlich an den Satz anknüpfen, den Prof. Amonn ausgesprochen hat: Man vergesse, dass die Preise die Produktion regeln. Dieser Satz ist nach meiner Auf-

fassung nur bedingt richtig, wie alles, was ausgesprochen wurde; jedenfalls kann man diesen Satz nicht so ohne weiteres anwenden gegenüber dem Land, einem der Hauptproduktionsmittel. Das Land ist eine gegebene Grösse. Gegenüber der menschlichen Arbeitskraft kann man den Satz bedingt wohl anwenden, aber nur ausgedehnt auf lange Zeiträume. Wenn wir heute die Frage der Geburtenregelung als akute Frage behandeln, so deshalb, weil eben die Preissenkung bei der menschlichen Arbeitskraft oder die Nichtbeschäftigung dazu zwingt, nach dem Gesetz, das aufgestellt wurde, die Geburten einzuschränken, damit wir weniger Menschen haben. (Prof. Dr. Saitzew: Wohlstandstheorie!) Einstweilen verfährt die Wirtschaft nicht nach Theorien, sondern nach realen Tatsachen. Real ist es, dass die Menschen zu wenig Lohn haben und deshalb weniger Kinder haben wollen. (Prof. Dr. Böhler: Und dass die Löhne gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen sind.) Fragen Sie die Arbeitslosen. (Prof. Dr. Böhler: Das ist eine andere Frage.) Das ist eine andere Frage, weil eben die Preise die Produktion des Menschen regulieren. Wenn wir das Problem betrachten wollen, müssen wir die Frage von der Einkommensseite her aufrollen. Das Einkommen benützen wir entweder, um Konsumgüter zu verzehren oder um Produktionsmittel zu beschaffen. Das eine ist in gewissem Umfang gegeben; die Beschaffung von Produktionsmitteln aber ist davon abhängig, ob ich solche benötige. Nehme ich an, das Einkommen sei so verteilt, dass 60 % in die Konsumtionsmittel gehen und 40 % in die Produktionsmittel. In dem Moment, wo eine Absatzstockung eintritt, werden wir aufhören, Produktionsmittel zu erzeugen, weil die Betriebe kein Interesse daran haben. Die Einkommen für Produktionsmittel werden auf die Bank gelegt, nicht mehr in der Volkswirtschaft verwendet. Die Schweiz hat ja nun diese Anhäufung von Geld, und damit tritt eine weitere Stockung ein. Wenn man die Sache von dieser Seite betrachtet, kommen wir dazu, zu sagen, dass wir zuerst einmal diese gehäuften Produktionsmittel wieder in Tätigkeit setzen und den Absatz steigern müssen. Damit kommen wir zur Kaufkrafttheorie.

Umgekehrt stellt sich aber die Frage: Wie können die Betriebe diese Kaufkrafttheorie aushalten. Da liegt, wie mir scheint, das Kernproblem, das Prof. Marbach angedeutet hat, nämlich deshalb, weil es einen Unterschied ausmacht, ob ich die Dinge betrachte, indem ich von der Gesamtwirtschaft ausgehe oder von einem Einzelbetrieb. In der Ökonomie hat eben alles nicht nur eine Seite, sondern zwei; jede Wirkung hat nicht nur eine Folge, sondern auch eine Gegenwirkung. Bei der Betrachtung volkswirtschaftlicher Probleme müssen wir nicht nur die Wirkung im Auge behalten, sondern auch die Gegenwirkung, die notwendigerweise eintritt. Dann werden wir wesentlich weiter kommen, als wenn nun zahllose Theorien erzählt werden müssen.

Ich will ein einfaches Beispiel dieser Wirkung und Gegenwirkung geben. Der Basler Verkehrsminister hat im Grossen Rat gesagt, das grösste Verkehrshindernis sei gegenwärtig der Verkehr. Das Automobil ist ein gutes Verkehrsmittel, aber wenn jeder Mensch Automobil fährt, können wir nicht mehr Automobil fahren, weil damit das Volumen des einzelnen bewegenden Menschen so gross wird, dass wir keinen Platz mehr haben. Wir müssen die Strassen so stark erweitern, dass wir das wirtschaftlich nicht mehr aushalten können. Es wird ra-

tioneller, zu Fuss zu gehen. Man verbietet in einzelnen Grossstädten bereits den Automobilverkehr in der Innenstadt. Das ist die Gegenwirkung, die in allen wirtschaftlichen Dingen auch vorhanden ist. Wenn wir Lebensmittel über ein bestimmtes Mass hinaus produzieren, dann haben wir nicht die Folge, dass wir mehr Lebensmittel verbrauchen können, sondern dass eine Absatzstockung eintritt, dann kommen wir zu dem heutigen Zustand, wo die Leute hungern neben gefüllten Scheunen. Die Grundursache liegt darin, dass die Maschine eine dialektische Wirkung ausübt. Sie ist keine logische Angelegenheit, sondern eine dialektische. Die Maschine hat eine ungeheure Vermehrung der Produktion gebracht, sie hat aber neben der Vermehrung der schon zur Verfügung gestellten Mittel noch die andere Wirkung, dass die Zahl der Produzenten zurückgeht. Dummerweise sind nun Produzent und Konsument an denselben Menschen angebunden: je mehr Produzenten ich ausschalte, desto weniger Konsumenten habe ich. Wenn Sie die Sache von dieser Seite betrachten, dann verstehen Sie, warum Prof. Böhler, heute sagt: Wir müssen zuerst investieren, wir müssen die Produktionsmittel vermehren, trotzdem wir zuviel haben. Richtig ist, dass diese Investitionen in der Krise besondere Bedeutung haben. Ich möchte das auch wieder mit einem Beispiel aus der Praxis belegen: Wir haben heute 20.000 Kleinbauernbetriebe in der Schweiz, die bei ihren primitiven Produktionsmitteln den Zins nicht mehr bezahlen können. Der Bauernverband hat verkündet, dass in der Landwirtschaft kein Arbeitslohn mehr verdient wird. Nehmen wir an, wir lassen die Betriebe bankerott gehen, so müssen die Banken diese Betriebe aufkaufen. Sie können Pächter darauf setzen, aber damit rentieren die Betriebe nicht; sie rentieren erst wieder, wenn diese veralteten Produktionsmittel durch neue ersetzt werden, wenn aus den Kleinbauernbetrieben Grossbetriebe gemacht werden. Denn wenn der Eigentümer auf diesen Kleinbetrieben nicht existieren kann, wie glauben Sie dann, dass ein Pächter existieren kann? (Prof. Dr. Saitzew: Wenn das Kapital abgeschrieben wird.) Es fragt sich, ob die Banken das ohne weiteres schlucken. (Prof. Dr. Saitzew: Sie müssen.) Sie werden aber versuchen, den Verlust wieder wettzumachen. Das geschieht nicht dadurch, dass sie die alten Betriebe aufrecht erhalten. Das hat zur Folge, dass so und so viele Kleinbetriebe zugrunde gehen. Das ist die gleiche wirtschaftliche Entwicklung, die wir an andern Orten am Werk gesehen haben. Wir haben mit unseren Grossbetrieben die indische Weberei und Spinnerei zugrunde gerichtet, dann wussten wir nicht mehr wohin mit den Exportprodukten. Wir haben fremdländische Kleinbetriebe zugrunde gerichtet, haben ihnen unsere Maschinen gebracht. In Indien verhungern jährlich Zehntausende von Menschen deshalb, weil sie keine Arbeit mehr haben, und in China Hunderttausende. Das sind Leute, die vorher eine Existenz hatten als kleine Arbeiter und die jetzt keine mehr haben infolge der Einführung der maschinellen Produktion. Darum ist es unbedingt nötig, dass wir diese dialektische Auswirkung in der Volkswirtschaft betrachten. Dann kommen wir allerdings zu wesentlich andern Schlüssen über die Behebung der Krise: die Kaufkrafttheorie führt dazu, dass die Betriebe rationalisieren müssen, wenn sie existieren wollen, die Lohnsenkungstheorie aber führt dazu, dass die Arbeitslosigkeit deshalb steigt, weil der Absatz immer mehr zusammenschrumpft.

Präsident Prof. Dr. Grossmann:

Eine Anzahl Redner hat sich allzugrosser Länge beflissen. 12 Uhr 25 müssen wir hier fort. Herr Prof. Saitzew hat noch 10 Minuten.

Prof. Dr. Saitzew (Zürich):

Es hat wirklich keinen Zweck, jetzt noch das Wort zu ergreifen, denn schliesslich gibt es Situationen, die so tragisch sind, dass man über sie keine Witze machen kann. Dazu gehört die heutige Diskussion, von oben gesehen. Mir will scheinen, dass man den beiden Referenten einen Vorwurf machen könnte. Ich mache ihnen diesen Vorwurf nicht, denn ich weiss sehr wohl, dass das Problem gross ist und man nicht alles bringen kann. Mir will scheinen, dass wenn man ein Problem wie das heute zur Diskussion stehende etwa mit einem besondern Blick auf die Schweiz behandelt, so dürfe man den Grad der Abstraktion nicht so weit treiben, wie das geschehen ist. Wenn man von den Mitteln zur Konjunkturbelebung in der Schweiz spricht, so darf man nicht — es wurde übrigens gesagt — von einer autonomen Konjunktur der Schweiz ausgehen. Ich glaube, keine schweizerischen Gefühle zu verletzen, wenn ich sage, dass die Schweiz überhaupt keine eigene Konjunktur hat, so dass man also durch eigene konjunkturpolitische Massnahmen die Konjunktur in der Schweiz nicht beleben oder wesentlich beeinflussen kann. Man sprach vorhin gleich zu dritt oder zu viert. Wir haben uns über die Investitionspolitik in der Schweiz unterhalten und darüber gestritten, welche Industrien überinvestiert seien. Salin sagt: Uhrenindustrie und Stickereiindustrie; St. Gallen und Le Locle. Gewiss sind da Überinvestitionen, aber woher ist die Sache entstanden? Nicht aus einer schweizerischen Investitionspolitik, sondern aus der Investitionspolitik der übrigen Welt. Wenn man sagt, die Eisenindustrie sei im Ausland überinvestiert, in der Schweiz nicht, so ist das ein Glück, dass andere Teile der Eisenindustrie im Ausland überinvestiert sind, z. B. die deutsche Roheisenindustrie, die eisenerzeugende Industrie, und zwar durchaus nicht aus den Überlegungen von Preis und Lohn heraus, die theoretisch sehr schön sind, sondern aus ausserökonomischen Gründen, die hier überhaupt nicht gestreift worden sind. Die deutsche Eisenindustrie ist bekanntlich infolge des Versailler Vertrages neu aufgezogen worden. Vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen ist das unnötig. Vom Standpunkt der deutschen Interessen ist das erklärlich. Ich glaube nicht, dass man allein ausgehend vom Preis-Lohnverhältnis in der Schweiz zu wesentlichen Ergebnissen hinsichtlich der schweizerischen Konjunktur gelangen kann.

Das ist die eine Bemerkung, die zu machen war; die andere habe ich gegenüber Kollegen Böhler zu machen. Es betrifft die Frage der Investition. Man hat mir gelegentlich vorgeworfen, dass ich den Konjunkturablauf etwas metaphysisch betrachte, dass die eine Phase so viele Jahre daure und dass zwangläufig die andere Phase komme. Man hat mich sogar auf der langen Welle verfolgt, die ich mit 45—60 Jahren bestimme, wobei die Zahlen nicht von mir stammen. Ich glaube, dass diese Dinge — darüber hat Büchner gesprochen — richtig sind, wenn man eine gewisse Klausel anwendet, und zwar ausnahmsweise nicht die «ceteris paribus», sondern die andere «rebus sic stantibus». Wir haben im Lauf des 19. Jahrhunderts

diesen Wechsel beobachten können. Folgt daraus, dass wir ihn auch in unserem Jahrhundert beobachten werden? Ich glaube nicht, denn diese Klausel ist aufgehoben. Darüber wollen wir uns keinen Augenblick täuschen. Die Wirtschaft ist ein sehr feiner Apparat, vergleichbar einer Taschenuhr. Wenn die von allen Seiten mit Zehntonnenhämmern behandelt wird, staunt man, dass die Sache nicht mehr geht. Man müsste doch staunen, dass es überhaupt noch geht. Das ist ein Wunder, an das man vor 20 Jahren nicht geglaubt hätte. Man sagt, jeder Übergang, auslaufend in der Depression, nehme ein Ende, weil die Rentabilität zur Investition führe, wobei sehr fein auseinandergehalten wurde, was zuerst da ist, der Absatz oder die Investition, oder die Vorausahnung des künftigen Absatzes. Ich glaube, dass wir heute, wenigstens in gewissen Teilen Europas, in einer Zeit leben, wo man nicht ohne weiteres investiert, weil man annimmt, dass das einige Zeit läuft. Wir wissen überhaupt nicht, was in einiger Zeit geschehen wird. Ich kann jenen Unternehmer sehr wohl verstehen, der, selbst wenn die Rentabilität ein wenig zunehmen würde, nicht gerade grosse Investitionen vornehmen würde einfach deshalb, weil das spekulative Moment heute von andern Erwägungen ausgeht als früher, so dass man nicht sagen kann, die Investition werde hervorgerufen werden, wenn wir die Rentabilität steigern. Vielleicht wird sie auch ohne diese Steigerung der Rentabilität zunehmen, mit einer Zunahme nicht des Vertrauens, sondern des Glaubens, des Glaubens, dass überhaupt noch so etwas wie eine Weltwirtschaft existiert. Ich kann auch gegenüber Herrn von Mühlenfels sagen: Man spricht davon, ob die Preise oder die Handelspolitik entscheidend seien, ob man nicht mit der Handelspolitik etwas ausrichten könnte, wenn man die Preise senkt. Wir befinden uns doch heute häufig in der Situation, dass das Ausland überhaupt die Waren nicht abnehmen will und namentlich den verbilligten Waren die Grenze sperren will, wir haben es heute nicht mit der ratio, sondern mit etwas ganz anderem zu tun, etwas, das eher dem Gegenteil der ratio ähnlich sieht.

Damit will ich den Ausführungen, die heute gemacht worden sind, nicht widersprechen, aber mir will scheinen, dass die Sache komplizierter aussieht, als man sie uns darstellt, viel komplizierter.

Prof. Dr. Marbach:

Ich glaube es geht Herrn Prof. Amonn und mir gleich wie Ihnen allen: Wenn es anfängt, interessant zu werden, müssen wir nach Hause gehen. Es ist ganz unmöglich, im Schlusswort irgendwie auf die Fülle von Anregungen und Fragen einzutreten. Ich möchte mich deswegen auf eine Bemerkung beschränken, die vielleicht eine Entschuldigung ist. Man hat von allen Seiten gesagt, die Referenten hätten dies oder jenes vereinfacht, diese oder jene Antwort nicht gegeben, diesen oder jenen Punkt nicht berührt. Ich glaube, das sei durchaus verständlich. Was mich betrifft, so habe ich so etwas wie einen sozialisierten Vortrag gehalten, einen Vortrag nach vorgeschriebenem Plan. Es wurde mir gesagt, was wir berühren dürfen und was nicht. Es wurde gesagt, man solle die soziale Seite nicht und die Handelspolitik nicht allzusehr berühren. Ich habe zusammengestrichen, wie mir gesagt wurde, in der Annahme, dass von vornherein nur ganz

bestimmte Probleme berührt werden durften. So ist es selbstverständlich dazu gekommen, dass man vielleicht hätte glauben können, wir hätten das Problem nicht umfassend behandelt. Der Vorwurf ist uns nicht gemacht worden, aber man hat ihn doch herausgespürt. Und nun erkläre ich, dass sicher mein verehrter Kollege Amonn, wie ich selber, auch der Meinung ist, dass alle diese Fragen, die wir hier besprochen haben, noch viel komplizierter sind, als wir heute darstellen konnten, obwohl es kompliziert genug war, weil eben eine ausserordentliche Fülle von Beziehungen zu klären war.

Da es mir nicht möglich ist, auf einzelne Voten einzugehen — ich hätte es ausserordentlich gern getan, um diesen oder jenen Einwand zu beantworten -.. möchte ich mich auf ein einziges Votum beziehen, nicht deswegen, weil das nun vielleicht gerade das einzig Wichtige wäre, sondern weil der Einwand sehr frappant ist, um zu zeigen, wie alles doch wieder anders wird, wenn man die Dinge von der praktischen Seite betrachtet. Das ist ein Einwand, den Prof. Böhler gebracht hat, als er erklärte, dass die Überinvestition namentlich daher rühre, dass zu hohe Löhne bezahlt wurden. Er hat den circulus vitiosus erklärt: Hohe Löhne, Rationalisierung, Drang zur Lohnsenkung, und er hat gemeint, wenn man zu hohe Löhne zahle, komme man zu Überinvestitionen aus Gründen der Kostensenkung. Nun habe ich das Glück, einigermassen in die Praxis dieser Investitionstätigkeit in der Schweiz hineinsehen zu können als Mitglied der Preisbildungskommission. Da komme ich zu andern Schlüssen als Prof. Böhler. Ich glaube, dass die ausschlaggebende, ich sage nicht: die allein ausschlaggebende, Motivierung der Überinvestition namentlich daher rührt, dass wir uns in einer Wirtschaft befinden, in der eben die freie Preisfunktion nicht mehr vorhanden ist, in der Kartelle und monopolistische Organisationen aller Art existieren. Deswegen werden oft Investitionen in so kolossalem Umfange gemacht, weil die Einzelbetriebe der kartellierten Industrien Angst haben, dass sie am Tag der Kontingentfestsetzung oder am Tag eines neuen Kartellvertragsabschlusses zu wenig stark dastehen könnten, weil sie für den Fall, dass das Kartell weiter geht, ihr Kontingent zu einem grossen Teil nach ihrer Kapazität erhalten würden und weil sie für den Fall, das das Kartell zusammenfallen sollte, dann der besteingerichtete Betrieb sein würden. Ich habe in verschiedenen Branchen in der Schweiz konstatieren können, dass man sozusagen präventiv für diesen Fall Investitionen gemacht, Fabriken gegründet oder erweitert hat, obwohl allein unter Berücksichtigung des Absatzes dazu nicht der geringste Anlass vorhanden war. Ich möchte das Beispiel der Zementindustrie erwähnen. Wir dürfen also nicht vergessen, dass dieses Moment viel mehr zur Überdimensionierung geführt hat als die Lohnseite. (Prof. Dr. Böhler: Amerika?) Amerika hat keine Kartelle, aber trotzdem monopolistische Betriebe, da kommt es auf dasselbe hinaus. Ich will nicht sagen, dass das der einzige Grund sei, und ich bestreite nicht, dass Prof. Böhler teilweise recht hat, sondern wollte nur zeigen, wie kompliziert die Materie wird, wenn man sie von der praktischen Seite betrachtet. Es ist vollständig unmöglich, in einem so komprimierten Vortrag alle diese Probleme einmal von der theoretischen und auch noch von der praktischen Seite zu überprüfen. Deshalb muss ein Gefühl des Unbefriedigtseins zurückbleiben, nicht für die Zuhörer allein, sondern für die Referenten.

Ich will nicht länger werden, ich hätte gern auf einige Punkte in den Voten des Herrn Dr. Engi und der Herren Prof. von Mühlenfels und Prof. Büchner geantwortet; ich hätte sehr gern die Schuldenfrage, die Herr Dr. Weber angeführt hat, ergänzt, um zu zeigen, auch wieder anhand praktischer Beispiele, wie gefährlich eine generelle Preissenkung von der Schuldenseite her sein kann. Das hätte ich anhand bernischer Agrarverhältnisse aufdecken können, ich verzichte aber darauf. Nur Herrn Dr. Gygax möchte ich sagen, dass er mich missverstanden hat, wenn er meint, dass ich die monetäre Theorie absolut ablehne. Ich habe je und je erklärt, dass sie von gewisser Bedeutung ist. Wenn er mir sagt. ich sei konjunkturtheoretischer Monist, so bin ich der Auffassung, dass wir die Konjunktur nicht monistisch erklären können. Ich neige aber dazu, Herrn Dr. Weber recht zu geben, dass die Nichtübereinstimmung von Konsumtionssphäre und Produktionssphäre, dass diese berühmte Disproportionalität ganz besonders wichtig ist. In bezug auf die monetäre Theorie möchte ich nur wünschen, dass Herr Dr. Gygax mich richtig versteht. Ich lehne die monetäre Theorie nicht vollständig ab, ich sehe ein, dass sie ein wesentlicher Bestandteil der Konjunkturtheorie ist; sie befriedigt mich nur deswegen nicht, weil sie — etwas populär ausgedrückt — den Mund spitzt, aber nicht pfeift. Sie wollen uns Kredit geben, sie wollen uns die Wirtschaft ankurbeln, aber wo der Kredit angesetzt wird und wie das laufen soll, das sagen Sie uns nicht. Das ist dann also eine offene Frage. Ich möchte zum Schluss noch Herrn Dr. Strub eine Antwort erteilen. Er hat gesagt, es sei wieder so herausgekommen, dass alle Leute anderer Meinung seien, das komme immer so in nationalökonomischen Diskussionen. Das ist gar nicht anders möglich, es ist undenkbar, dass in dieser komplizierten Materie alle dieselbe Meinung haben. Immerhin ist das sicher: Wenn wir Zeit hätten und einen Ausschuss einsetzen könnten, so würde es uns gelingen, bestimmte Grundlinien in Übereinstimmung festzulegen. Das ist schon sehr viel. Im übrigen ist es eben so, dass man eine andere Meinung haben kann. Ich glaube, Prof. Amonn ist es einmal passiert, er hat es mir wenigstens erzählt, es sei ein Student zu ihm gekommen, der schon bei 5 Nationalökonomen gewesen sei. Er habe ihm gesagt, dann brauche er nicht zu kommen, er werde doch ganz das gleiche hören. Nach einem halben Jahr sei der Student gekommen, er sei doch bei ihm gewesen, es sei aber wieder ganz anders gewesen. Das ist ganz verständlich, weil jeder einen so grossen Fragenkomplex von einer andern Seite anschaut. Ich glaube, dass hier überhaupt das Geheimnis des menschlichen Emporkommens und der menschlichen Entwicklung liegt. Deswegen, weil der Mensch etwas als sehr kompliziert erachtet, weil wir also heute überzeugt sind, dass wir zu keinem Schlussresultat kommen, da wir nicht einmal die Frage der Kaufkrafttheorie abgeklärt haben, gehen wir doch nicht nach Hause und sagen, wir machen keine Nationalökonomie mehr, sondern wir versuchen erst recht, uns in die Dinge hineinzudenken. Am Ende wird doch ein Resultat herauskommen. Es wird den Menschen anders gehen als dem Fuchs mit den Trauben; die Menschen versuchen es mit immer neuen Methoden. Einmal wird es ihnen gelingen, und dann gilt auch wieder eine Klausel, aber nicht ceteris paribus oder rebus sic stantibus, sondern: «Wer strebend sich hemüht usw.»

Prof. Dr. Amonn:

Ich werde mich so kurz als möglich fassen. Das Thema, das speziell dem Referenten gestellt war, lautete: «Der Einfluss der Preis- und Lohnsenkung auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur.» Ich habe dieses Thema in der Einleitung meines Vortrages noch etwas mehr zu konkretisieren geglaubt, indem ich mir gesagt habe, offenbar sei der Einfluss auf die gegenwärtige Phase der Konjunktur gemeint. Dagegen wollte ich das Thema nicht in dem Sinne begrenzen, dass ich gerade den Zustand ins Auge fasste, wie er etwa in der Schweiz gegenwärtig besteht. Natürlich konnte ich nicht alle jene Umstände mit einbeziehen, die überhaupt in der Krise für die Gestaltung der Konjunktur, abseits von Lohn und Preis, eine Rolle spielen, unter denen es gewiss manche gibt, die einfach den Einfluss des Abbaues, wie ich ihn dargestellt habe, aufheben könnten. Ganz klar ist z.B., dass eine Ausfuhr auch zu den niedrigsten Preisen nicht möglich ist, wenn andere Länder die Einfuhr nicht zulassen. Aber ebenso wichtig ist, doch zu untersuchen, wie die Verhältnisse stehen, insoweit eine Einfuhr möglich ist. Natürlich kann man die Sache nur so betrachten, wenn sie billiger liefern. Das braucht man, weil selbstverständlich, nicht immer wieder zu erwähnen. Ich glaube, man kann solche Zusammenhänge gar nicht anders als in einer ziemlich abstrakten Weise und unter ständiger Berücksichtigung des ceteris paribus darlegen. Man könnte in eine Kasuistik verfallen und sagen, unter dem Einfluss a, unter dem Umstand b, unter der Bedingung c werde der Einfluss einer Preisund Lohnsenkung so und so sein. Ich bin mir vollständig bewusst, dass die Dinge viel komplizierter liegen, als ich dargestellt habe, glaube aber trotzdem, dass, was ich gesagt habe, nicht unrichtig sei, dass je höher die Preise sind bei den gegebenen Zahlungsmitteln, desto geringer der Absatz sein muss, dass die Preissenkung die Wirkung der Steigerung des Absatzes haben muss.

Von Herrn von Mühlenfels ist eine Voraussetzung in Frage gestellt worden, die sich auf die gleichbleibende Zahlungsmittelversorgung bezieht. Ich habe das nicht in dem Sinne gemeint, dass die Zahlungsmittelversorgung gleich bleiben müsste, sondern ich habe gesagt: Wenn man von einem bestimmten System der Zahlungsmittelversorgung nicht abgeht, gibt es eine Grenze, entsprechend der Preishöhe, zu der bestimmte Produktenmengen abgesetzt werden können, oder für die Produktenmengen, die zu einem bestimmten Preis abgesetzt werden. Ich habe jenen Zustand der Zahlungsmittelversorgung im Auge gehabt, wie er nach dem Krieg wieder hergestellt worden ist, den Zustand, der als Zustand der Goldwährung bezeichnet zu werden pflegt. Man hat in vielen Ländern die Goldwährung wieder eingeführt auf dem alten Standard, hat dabei ein um 50% höheres Preisniveau bestehen lassen. Dann ist folgendes eingetreten: Durch die Konjunktur, die in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre sich entwickelt hat, bis 1929, sind die Mengen der Güter, die man produzieren wollte und auf Grund der neuen Investitionen und auf Grund der Rationalisierung hätte produzieren können, in einem ganz besonders grossen Ausmasse gestiegen. Heute haben wir viel die grösseren Gütermengen als vor dem Krieg, welche zu einem viel höheren Preisniveau umgesetzt werden sollten, bei einem System der Geldversorgung, welches nicht ganz gleich dem Vorkriegssystem ist, aber doch ähnlich. Damit

ist eine ganz bestimmte Grenze gesetzt. Gewiss ist sie elastisch, wie Herr von Mühlenfels sagt, aber auch eine elastische Grenze kann man nur bis zu einem bestimmten Punkt ausdehnen. Man darf z. B. nur bis zu einem bestimmten Kredit gehen, weil der Kredit nicht willkürlich beeinflusst werden kann. Es handelt sich nicht um Deflation, die durch politische Momente herbeigeführt werden soll, sondern um nichts anderes als darum, dass aus der Deflation, die aus Ursachen entstanden ist, die zum Teil gar nicht wirtschaftlicher Natur sind, auf jeden Fall nicht kontrolliert werden konnten, die Konsequenzen gezogen werden, die schliesslich doch einmal gezogen werden müssen, weil man, wenn man sie nicht zieht, schliesslich nur die Schwierigkeiten vermehrt, statt sie zu mildern.

Gegen diese Auffassung sind nur zwei Einwände erhoben worden. Der erste ist der, dass Lähmungserscheinungen eintreten, wenn man die Aktion der Preissenkung durchführt. Ich habe das bereits vorweggenommen und gesagt, dass gewiss vorübergehend störende Erscheinungen eintreten, dass man aber nicht von lähmenden Erscheinungen sprechen kann. Es kann eine gewisse Zurückhaltung im Kauf sich zeigen, aber nur so lange, als der Prozess eben nicht vollendet ist, als man noch mit Hilfe dieses Prozesses Preissenkungen erwartet. Das ist es, was diese Zurückhaltung und diese Lähmungserscheinungen hervorruft. Aber der Prozess kann doch einmal zu Ende geführt werden, man muss nur darauf achten, dass man das nicht hindert.

Der zweite Einwand ist vom Kollegen Marbach vorgeführt worden und betrifft die Unmöglichkeit gleichzeitiger Lohn- und Preissenkung. Unter Gleichzeitigkeit darf man nur nicht die gleiche Minute oder Stunde, vielleicht nicht einmal den gleichen Tag verstehen. Es kommt auch hier wieder auf den Endeffekt an. Die Frage ist einfach: Innerhalb welcher Zeit lässt sich das durchführen? Dass es sich überhaupt nicht durchführen lässt, ist mir mehr als problematisch. Mein Kollege Marbach hat gesagt: Die Preise sind gebunden, und dagegen kann man nichts machen. Das verstehe ich nicht. Warum sind die Preise gebunden? Weil man sie eben stützt. Die Hauptsache ist: Heute sind nicht die aus der Wirtschaft selbst hervorgegangenen Preisbildungen schuld, dass die Preise in einer gewissen Höhe bleiben und wir heute noch solche Bindungen haben. Diese können nur aufrechterhalten werden, weil sie durch die offizielle Politik gestützt werden und diese darauf gerichtet ist, die Preise auf diesem Niveau zu halten. Wo man davon abgeht, braucht man nichts Weiteres zu tun als die natürliche Senkungstendenz ihre Wirkung ausüben zu lassen. Ich sage nicht einmal, man soll das betonen, man soll es kontrollieren; viel richtiger wäre es, wenn man das, was von selbst eintritt, sich vollziehen liesse. Man braucht nur die Praktiker zu fragen, diejenigen, die diese Politik zu machen haben: Was würde euch leichter sein, die Preise sinken zu lassen oder die Preise auf dieser Höhe zu halten? Die würden uns ganz bestimmt sagen: Wir geben uns die grösste Mühe, die Preise auf der Höhe zu halten; es will uns nicht gelingen, trotz aller Mühe. Wenn wir die Preise sinken lassen möchten oder müssten, brauchen wir einfach die Sache marschieren zu lassen, das Resultat würde von selber eintreten. Es gibt andere Hindernisse, damit wäre immer noch nicht die Ankurbelung gegeben. Ich habe das auch nicht gesagt, dass sie dadurch hervorgerufen würde, aber die Voraussetzungen dafür werden geschaffen,

und diese sind es überhaupt, die zuerst geschaffen werden müssen, bevor es einen Aufstieg gibt. In jeder Krise war es so, dass die Preise auf irgendeinem tiefen Niveau angelangt sein mussten und die Bewegung auslaufen musste. Dann ist der Aufschwung gekommen, nicht weil die Preise unten waren, sondern im Zusammenhang mit andern Faktoren. Wenn man die Preise hält, kommt man nicht darum herum, dass bei diesem höheren Preisniveau geringere Mengenumsätze stattfinden als bei niedrigeren Preisen. Wenn man immer mehr Güter auf den Markt wirft, können diese Güter bei begrenzter Zahlungsmittelversorgung nicht in grösseren Mengen umgesetzt werden.

Prof. Dr. Grossmann:

Die drei letzten, sehr kompetenten Redner haben sich aufs stärkste bemüht, viel zu sagen und doch kurz zu sein. Bei dieser Sachlage liegt dem bloss formalen Verhandlungsleiter natürlich erst recht die Pflicht ob, dasselbe zu tun. Daher zum Schluss nur zwei kurze Sätze: einmal um den beiden Referenten noch auf das herzlichste zu danken für die ausgezeichneten, mustergültig klaren und objektiven Referate, durch welche die Diskussion auf ein erfreuliches Niveau gehoben worden ist.

Sodann ein kurzes Wort zu der Anregung des Herrn Dr. Gygax betreffend Abschluss der Verhandlungen durch irgendeine Resolution oder These. Wenn wir Zeit gehabt hätten, hätten wir uns dahinter gemacht. Kollege Amonn hat das als denkbar bezeichnet; ich bin etwas skeptisch, wir haben jedenfalls diese Tradition in unserer Gesellschaft nicht, weil wir davon ausgehen, dass man über wissenschaftliche Wahrheiten nicht abstimmen sollte.

Damit möchte ich meinerseits schliessen. Es kann nicht in Frage kommen, eine derartige Resolution zu fassen. Ich verzichte darauf, auch nur die Distanz zu markieren, wie ich es gestern mir vorgenommen habe. Nur noch ein Wort zu der Anwendung der Einsichten und Ansichten, die sich heute geklärt haben. Diese zu verwerten, wird Aufgabe der Wirtschaftspolitiker sein, die damit vor einer schweren Aufgabe stehen. Sie haben die doppelte Aufgabe, die in der Diskussion mehrfach, namentlich aber von Prof. Marbach hervorgehoben worden ist: das eine zu tun und das andere nicht zu lassen. Sie stehen vor dem fatalen Dilemma, das ich zum Schluss mit den Dichterworten charakterisieren möchte: «Unserer Zeiten schwer Verhängnis zwischen Übereilung und Versäumnis liegt.» Hoffen wir, dass sie das Geheimnis entdecken.

* *

Am offiziellen Mittagessen in der Schlüsselzunft begrüsste Herr Dr. Max Staehelin als Präsident der Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel die Anwesenden namens des Organisationskomitees aufs herzlichste mit dem Hinweis auf die engen Beziehungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft. Herr Regierungsrat G. Wenk sprach für den Regierungsrat. Präsident Prof. Dr. Zahn wies auf die Zusammenarbeit der statistischen Forschung hin, und Präsident Prof. Grossmann dankte den Baslern für die überaus gastfreundliche Aufnahme. Eine Fahrt auf dem Rhein zum Waldhaus und bis Kembs und ein letztes Zusammensein in Kleinhüningen beschloss die Tagung.